Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die Volksstimme erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur (mit Ausnahme der Beilage Die Neue Welt): Richard Nitsch, Magdeburg. Verantwortlich für Inserate: August Fabian, Magdeburg. Verlag von Bernhard Harbaum, Magdeburg. Druck von Franz Bethge, Magdeburg. Geschäftsstelle: Jakobstraße 49, Fernsprecher 1567. Redaktion: Gr. Münzstraße 3. Fernsprecher 961.

Pränumerando zahlbarer Abonnementspreis: Vierteljährl. (inkl. Bringerlohn) 2 Mk. 25 Pf., monatlich 80 Pfg. Per Kreuzband in Deutschland monatl. 1 Exempl. 1.70 Mk., 2 Exempl. 2.40 Mk. In der Expedition und den Ausgabestellen vierteljährl. 2 Mk., monatl. 70 Pfg. Bei den Postanstalten 2.25 exkl. Bestellgeld. Einzelne Nummern 5 Pfg., Sonntags- und Extranummern 10 Pfg. — Insertionsgebühr die sechsgespaltene Petitzeile 15 Pfg. Post-Zeitungsliste Nr. 5168

Nr. 252. **Magdeburg, Mittwoch den 28. Oktober 1903.** **14. Jahrgang.**

Genossen und Genossinnen! Heute Dienstag abend alle in den „Luisenpark"!

Die heutige Nummer umfaßt 10 Seiten einschließlich des Romans „Martha's Kinder."

Das Zentrum.

Wp. Unser Hauptfeind ist jetzt das Zentrum. Von dieser Partei droht uns die schlimmste Gefahr, viel schlimmeres, als was die Partei bisher erlebt hat. Bismarck war die Personifikation der brutalen Gewalt. Er fuhr mit allen Teufeln hinein, aber er brauchte einen aktiven Widerstand, um zu siegen. Er konnte brechen, verstand es aber nicht zu biegen — langsam biegen und nicht loslassen, immer mehr, immer weiter. Er mußte rasche Lösungen haben. Das lag auch in der Natur der von ihm angewandten Mittel: entweder sie wirkten sofort, oder das Spiel war verloren. Durch das Sozialistengesetz wollte er die Arbeiter zum Aufstand reizen: dann würde er ein Blutbad anrichten, um die Arbeiter einzuschüchtern, die Bourgeoisie zu erschrecken. Mit dem Moment, wo das Proletariat sich zurückzog, um sich zu sammeln, war das Schicksal des Sozialistengesetzes besiegelt. Zerschmettern, zerstören, tabula rasa machen, das war die Taktik des „Eisernen". Er arbeitete mit Feuer und Schwert, zur edlen Kunst des Würgens fehlte ihm die Geduld. Der Ultramontanismus aber ist leidenschaftslos, kühl, berechnend. Der Ultramontanismus hat Methode. Er geht gelassen zu Werke, kann warten, kann auch zurücktreten, er läßt sich nicht [illegible] über [illegible] für seine Gegner. Ihm sind alle Mittel gut: rohe Gewalt, List, Betrug und Perfidie. Der Ultramontanismus ist heimtückisch: er provoziert nicht, sucht vielmehr zu beschwichtigen, um den Gegner zu überfallen, wenn er am wenigsten daran denkt. Der Ultramontanismus legt sich wie eine tote Schlinge um die Nation.

Das Zentrum ist die reaktionärste Partei Deutschlands. Die politischen Freiheiten sind ihm ebenso verhaßt, wie den Konservativen, und in religiösen und kulturellen Fragen geht es als ultramontane Partei weit über jene hinaus. Das bißchen Opposition, die es in früheren Zeiten gegen Militär- und Steuervorlagen machte, geschah nicht aus Ueberzeugung, sondern um der Regierung Ungelegenheiten zu bereiten. Solange es einen Krieg gegen die Polizei zu führen hatte, mußte es selbstverständlich dafür sorgen, daß ihm nicht seine letzten politischen Rechte genommen werden, damals mußte es sich auch einen Stützpunkt in den Massen suchen, — das war die scheinbare Demokratie des Zentrums. Doch selbst zu jenen Zeiten war es weit entfernt vom politischen Liberalismus und stand vielmehr auf dem Boden des Polizeistaats, der die Massen in Zucht und Ordnung, in Gebet und Arbeit zu halten habe. Seitdem das Zentrum Regierungspartei geworden, hat es die Polizei für sich, — in den Freiheiten erblickt es deshalb nur noch Zuchtlosigkeiten. Die liberale Bourgeoisie nimmt mit dem Auftreten der Sozialdemokratie eine politische Zwitterstellung ein: ihr Klasseninteresse treibt sie zur Stärkung der Regierungsgewalt, ihre politischen Traditionen und ihre kulturelle Entwicklung nötigen sie, für politische Freiheit und Parlamentarismus einzutreten. Ihre Politik ist deshalb unentschlossen, feig und treulos. Die ultramontane Bourgeoisie braucht keine solche Rücksichten zu nehmen: sie ist von Haus aus reaktionär, mußte nur, solange der Ultramontanismus von der Regierung in Acht und Bann getan wurde, ihren reaktionären Charakter maskieren und trägt ihn jetzt ostentativ zur Schau. Die ultramontane Bourgeoisie kennt keine Skrupel. Was dem Liberalismus die Absage an seine politische Vergangenheit, erscheint dem Zentrum vielmehr Erfüllung seiner politischen Mission. Das Zentrum setzt uns nicht nur ökonomische Interessen, sondern eine Weltanschauung entgegen. Es will das kapitalistische Privateigentum sichern und zugleich alle kulturellen Errungenschaften der kapitalistischen Industrie beseitigen. Es will die Herrschaft der Kirche auf kapitalistischer Grundlage und zugleich die Herrschaft des Kapitals durch die Kirche stützen. Es will nicht nur die Ausbeutung des Proletariats verewigen, sondern das Proletariat auch noch geistig befangen halten. Der Arbeiter soll das Werkzeug der Fabrikanten und der Sklave der Pfaffen sein. Von der gesamten geschichtlichen Entwicklung der letzten Jahrhunderte übernimmt es nur die Maschine, die den Arbeiter knechtet, — Wissenschaft, Kunst, Literatur verwirft es. Die Arbeiter in barbarischer Unkenntnis der Welt, ein blinder Anhängsel der Maschine, bedürfnislos und willenlos wie Schafsherden, ein Häuflein bigotter Kapitalisten als Regierer der Welt, der Kirche fette Pfründen — das ist das Ideal. Es ist eine Wahnidee, aber dieser Wahnwitz wird konsequent verfolgt, und die Partei, die ihn zum Programm erkoren, gelangt dank der eigentümlichen Verkettung der Geschichte Deutschlands zu maßgebendem Einfluß.

Das Zentrum ist unser Todfeind — wegen seiner Klassenstellung, aus Prinzip, aus religiösem Fanatismus. Zu der Ueberzeugung der Andersdenkenden gesellt sich noch die politische Berechnung. Das Zentrum weiß sehr gut, daß man ganz Deutschland nicht katholisch machen kann, daß also der Ultramontanismus als allgemeines Programm versagen muß. Um also seine Herrschaft zu stützen, braucht es ein andres einigendes Moment, und als solches soll ihm der Kampf gegen die Sozialdemokratie herhalten. Das Zentrum besitzt die zur Führung in diesem Kampfe nötigen Eigenschaften: Rücksichtslosigkeit und den Glauben an das, was es tut. Das Zentrum besitzt nicht die Zweifel der von der Kultur angekränkelten Parteien, es prangt mit seinem reaktionären Wesen, wie der Pavian mit seiner Hinterseite, weil ihm die Scham für seinen Zustand abgeht und dieser vielmehr des Lebens Geist und Zierde erscheint. Gelingt dem Zentrum die „reaktionäre Sammlung" gegen die Sozialdemokratie, so herrscht es durch die Ohnmacht seiner Verbündeten. Diese sind dann bis auf die Knochen bloßgestellt und der Verachtung der Welt und ihrer selbst preisgegeben. Sie müssen dann dem Zentrum folgen, um sich halten zu können.

Das Zentrum hat mit einer erstaunlichen Geschicklichkeit den Uebergang von Oppositionspartei zur Regierungspartei vollzogen. Eine vollständige Frontänderung vor aller Augen, unter unaufhörlichen Angriffen der Gegner, bei vollständiger Instandhaltung der eignen Wähler, wenigstens nach außen hin. Das Zentrum führt onderthalb Millionen Wähler, die ein Menschenalter gegen die Regierung waren, jetzt für die Regierung ins Treffen, das war der Sinn der schwarzen Parade des Katholikentags. Dennoch weiß das Zentrum, daß es bei seiner reaktionären Regierungspolitik nicht auf die Dauer im Kontakt mit den Massen bleiben kann. Eine Opposition regt sich in den katholischen Arbeiterkreisen, die katholischen Unternehmer ihrerseits halten die Maske der christlichen Brüderlichkeit nicht mehr für nötig, und mit der Verschärfung des Klassenkampfes müssen hüben wie drüben Proletariat und Katholik zusammengehen. Die Arbeitermassen werden dem Zentrum unbequem. Der Scheidungsprozeß geht umgekehrt vor sich: nicht die Massen verlassen das Zentrum, sondern das Zentrum kehrt sich von den Massen ab. Es braucht sie ja nur noch als Wähler, nicht mehr als politisches Gegengewicht der Regierung. Es kann sie aber als Wähler entbehren, wenn ihnen das Wahlrecht illusorisch gemacht wird. Das Zentrum braucht das allgemeine Wahlrecht nicht mehr, wenigstens in seiner jetzigen demokratischen Form. Aber um gegen das allgemeine Wahlrecht zu kämpfen, braucht das Zentrum Deckung, und diese Deckung findet es in dem Kampf gegen den Umsturz, also gegen die Sozialdemokratie. Die katholischen Arbeiter haben ihre Schuldigkeit getan, dem Zentrum die Herrschaft über die Regierung und die Parteien verschafft, — das Zentrum wird sich jetzt ein Wahlrecht schaffen, bei dem es die katholischen Arbeiter nicht mehr braucht.

Das ist das Zentrum. Es bleibt in seinem Grundcharakter gleich vom Rhein bis an die Donau. Gewisse Unterschiede, die sich aus den besonderen Landesverhältnissen erklären, ändern nichts daran. Und die Frontänderung der Partei wird sie sogar politisch konsolidieren. So ist der bayrische Partikularismus des Zentrums eng verwachsen mit seiner Oppositionsstellung. Solange es die politische Zentralgewalt des Reichs gegen sich hatte, mußte es alle Positionen besetzen, von denen aus diese Zentralgewalt zu bekämpfen war, — hat es die Zentralgewalt für sich, so liegt es in seinem Interesse, sie zu stärken. Das Zentrum wird sich als der einzige Beschützer und Beschirmer des Reichs auftun, wie es sich jetzt als der Ritter St. Georg gebärdet, der berufen ist, den Drachen des Sozialismus zu töten.

Der bayrische Partikularismus kommt dem Zentrum insofern zugute, als es sich hier die stärkste Position geschaffen hat. Umsomehr Grund für uns, hier das Zentrum schärfer zu bekämpfen, als nur irgendwo. Aber gerade in Bayern wird von unsrer Fraktion seit einiger Zeit eine Taktik befolgt, die ihre eigne Agitation gegen das Zentrum stört und lahmlegt. Der Grundzug dieser Taktik ist, daß man rasche Erfolge haben will, und wenn es auch auf Kosten des Erfolges selbst geschieht. Statt Hindernisse zu überwinden, geht man ihnen aus dem Wege. Statt der größten Konzentration der Kraft, sucht man den Punkt des geringsten Widerstandes. So glaubt man, auf leichte Weise Siege erringen zu können. Und indessen man den momentanen Klein- und Scheinerfolgen nachjagt, übersieht man die großen politischen Zusammenhänge der Parteien. So geschah es auch bei der Wahlreform. Statt gegen das Zentrum den Kampf durch eine Agitation im Volke aufzunehmen, glaubte man, durch gütliche Uebereinkunft mehr erreichen zu können. Das Ergebnis ist, daß das Zentrum seinen Willen spielend leicht durchgesetzt hat: die Wahlreformvorlage ist, wie sie das Zentrum haben wollte, nicht das kleinste Zugeständnis hat es gemacht, und unsrer Fraktion blieb nur noch übrig, ihre eignen Konzessionen als Errungenschaften hinzustellen. Die Agitation aber fiel ins Wasser. Sie wurde immer aufgeschoben. Noch auf dem Münchner Parteitag hieß es, noch sei der geeignete Moment nicht gekommen, aber wenn die Regierungsvorlage eingebracht wird, dann! . . . Jetzt ist die Regierungsvorlage da, und die Partei hat offiziell eine Agitation gegen den Gesetzentwurf eröffnet. Aber gebunden durch die im voraus festgelegte Zustimmung der Fraktion zu den Grundzügen des neuen Wahlgesetzes, kann sie es nicht mehr frei und entschieden bekämpfen, spricht in einer Weise, die mehr zugunsten als zum Nachteil des Regierungsprojekts ausfällt, und votiert in diesem Sinne Resolutionen. Oder soll das wirksame Agitation sein, wenn man die Entrechtung von 150 000 jungen Männern hinunterschluckt und moniert deshalb im Gesetz nicht [illegible] Stimmrecht enthalten sei?! Die Regierung macht sich nichts daraus und das Zentrum lacht über diese Opposition: es wird die lästigen Wahlbündnisse los, sichert sich für absehbare Zeit die Mehrheit und steht noch als demokratischer Reformator da, statt als reaktionärer Vergewaltiger des Rechts entlarvt zu werden! Zum Dank dafür proklamiert das bayrische Zentrum für sich noch im besonderen den heiligen Krieg gegen die Sozialdemokratie!

Kampf dem Zentrum! Es ist unser schlimmster Feind!

Politische Uebersicht.

Magdeburg, den 27. Oktober 1903.

Der antisozialdemokratische Arbeiter-Kongreß

ist bereits am Montag beendigt worden. Aus den Verhandlungen vom Montag heben wir noch folgende interessante Rede eines der Zentrumspartei angehörigen, seiner eigenen Klasse besonders feindlich gesinnten Arbeiters hervor. Darüber wird uns berichtet:

Kloß-Berlin (katholischer Arbeiterverband) ist gegen ein Koalitionsrecht ohne jegliche Einschränkung. Mißbräuche des Koalitionsrechtes müßten bestraft werden, anderseits sei er mit einem Ausbau des Koalitionsrechtes im Sinne des Referenten einverstanden. Die Strafbestimmungen des § 153 müßten aber aufrechterhalten werden, denn die persönliche Freiheit des Mitmenschen dürfe nicht angetastet werden. Die Klagen über Polizeiwillkür seien übertrieben. Der Streik sei nicht das einzige Mittel zur Erlangung besserer Lohn- und Lebensbedingung. Der Streik sei unter Umständen ein ganz revolutionäres Mittel. Es könne durch einen Streik ein Aufruhr hervorgerufen werden, er denke dabei an einen Eisenbahnerstreik. (Rufe: Schluß!) Es sei deshalb ganz recht, wenn die Gesetzgebung den Arbeitern von Staatsbetrieben das Koalitionsrecht beschränke. (Erneute Schlußrufe. Der Redner muß, weil die Redezeit abgelaufen ist, abtreten, will sich aber nochmals melden.)

Man kann es kaum verstehen, daß sich ein Arbeiter findet, der eine solche Rede hält. Er erregte freilich den Unwillen sogar der „antisozialdemokratischen" Arbeiter. Ihm antwortete Schirmer-München:

Wir machen hier keine Gesetze. Den Herren, die hier einschränkende Bestimmungen in die Resolution angenommen haben wollten, wolle er nur sagen: die Scharfmacher werden schon dafür sorgen, wenn es zur gesetzlichen Regelung kommt. In Bayern hat selbst der Justizminister zugegeben, daß ein Vorgehen gegen die Organisationen der Staatsarbeiter ungesetzlich ist, solange diese auf legalem Boden stehen. Und das ist in der Resolution besonders gesagt. Herr Kloß befürchtete einen Streik der Eisenbahnarbeiter. Nun, die Staatsangestellten, die in unserm Verbande organisiert sind, werden sich hüten, in einen Streik einzutreten, und zwar aus den verschiedensten Gründen. Wir verlangen nur das uneingeschränkte Petitionsrecht. In Preußen hat der Minister einige Arbeiter bei sich zu Tische geladen. Bei der Gelegenheit werden die Arbeiter ihre Beschwerden nicht vorgebracht haben, aus Angst oder aus den verschiedensten Gründen. (Große Heiterkeit.) Sie haben vielleicht noch nicht einmal gewußt, wie sie den Hummer trancheren sollten. (Stürmische Heiterkeit.) Das ginge Ihnen auch so. (Erneute Heiterkeit.) Nehmen Sie die Resolution an

Der Kongreß sprach sich, wie wir gestern bereits kurz meldeten, bekanntlich für eine Sicherung des Koalitionsrechts aus. Der Kongreß hat den Zweck, eine Vereinigung aller Arbeitervereine zu bilden, die nicht auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehen. Trotzdem die in Frage kommenden Arbeiterschichten rückständig sind, werden ihre Forderungen doch nur von der Sozialdemokratie vertreten.

Der Kongreß hat die Abschaffung des § 153 der Gewerbe-Ordnung bezeichnenderweise nicht verlangt; immerhin will er auch die Unternehmer bestraft wissen, die Arbeiter durch Drohung mit Entlassung oder Nichteinstellung von der Wahrung ihres Koalitionsrechts abzuhalten suchen. Der Kongreß verlangt die Ausdehnung des Koalitionsrechts auf das Gesinde, die Landarbeiter, die Angestellten des Reiches und der Einzelstaaten.

Der Kongreß hat ferner verlangt, daß die Berufsvereine das Recht erhalten, sich mit Sozialpolitik zu befassen, auch wenn sie weibliche Mitglieder haben.

Ferner verlangt der Kongreß die Erteilung der Rechtsfähigkeit an die Berufsvereine, damit diese ihre eignen Mitglieder auf Zahlung der Beiträge verklagen, Grundbesitz und Hypotheken erwerben können.

Am Montag wurde folgende Resolution angenommen:

Die Versammlung spricht ihr lebhaftes Bedauern darüber aus, daß die in den kaiserlichen Erlassen vom 4. Februar 1890 in Aussicht genommenen gesetzlichen Institutionen (Arbeitskammern) zur „Pflege des Friedens zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer, an denen Arbeiter durch Vertreter, welche ihr Vertrauen besitzen, an der Regelung gemeinsamer Angelegenheiten beteiligt und zur Wahrnehmung ihrer Interessen bei Verhandlungen mit den Arbeitgebern und mit den Organen der Regierung befähigt werden", noch nicht verwirklicht sind. Sie bedauert das um so mehr, als ähnliche Institutionen in Deutschland für andre Berufsklassen seit längerer Zeit bestehen und erfolgreich und nützlich wirken.

Die Versammlung erblickt in paritätischen Arbeitskammern ein wichtiges Mittel, a) der Verschärfung der Klassengegensätze und der damit verbundenen wachsenden Verbitterung und Entfremdung von Arbeiter und Arbeitgeber Einhalt zu tun durch Beratung und Verständigung über gemeinsame Angelegenheiten, insbesondere aus dem Arbeitsverhältnis, b) die Rechte und Interessen der Arbeiter sicherzustellen und zu fördern und so den Arbeiterstand in seinem Bestreben, eine größere Anteilnahme an den geistigen und materiellen Gütern der Kultur zu erlangen, wirksam zu unterstützen.

Es ist deshalb die Schaffung solcher Arbeitskammern als eine der nächsten und wichtigsten Aufgaben der deutschen Sozialpolitik anzusehen. In diesem Sinne ersucht die Versammlung die Regierung und die Volksvertreter in den Parlamenten, baldmöglichst die geeigneten Schritte zur Verwirklichung der Arbeitskammern einzuleiten und verpflichtet die Teilnehmer des Kongresses, für diesen Gedanken in ihren Korporationen lebhafte Propaganda zu machen.

Die Wahlen zu den Arbeitskammern sind auf Grund des Proportionalwahlsystems vorzunehmen.

Wenn es natürlich auch unmöglich ist, den „Frieden" zwischen den unversöhnlichen Klassen, zwischen Arbeit und Kapital, durch die Arbeitskammern herbeizuführen, so hat sich doch auch trotz der Harmoniedudelei in der Begründung des Verlangens der Kongreß auch hier nur eine sozialdemokratische Forderung angeeignet.

Aus den Schlußbemerkungen ist hervorzuheben, daß sich Brust-Altenessen gegen und Giesberts-München-[illegible] konfessionelle Arbeitervereine aussprachen.

Der Vorsitzende verlas hierauf das folgende kaiserliche Antworttelegramm, das vom Kaiser persönlich unterzeichnet, nicht vom Kabinett abgeschickt ist:

„Ich spreche den auf dem ersten deutschen Arbeiterkongreß anwesenden Vertretern der deutschen Arbeiterschaft für den Huldigungsgruß und die Versicherung ihrer monarchischen und vaterländischen Gesinnung meinen herzlichen Dank aus. Ich werde die Beratungen des Kongresses mit Interesse verfolgen und auch in Zukunft allen Anträgen und Maßnahmen, welche geeignet erscheinen, das mir und meiner Regierung am Herzen liegende Wohl der Arbeiter zu fördern, gern Schutz und Beistand zuteil werden lassen. Wilhelm I. R." (Stürmischer Beifall.)

Die Delegierten hörten die Verlesung dieses Telegramms stehend an. Der Vorsitzende brachte darauf ein Hoch auf den Kaiser aus.

Bekanntlich haben die verantwortlichen Minister die vom Kaiser in den Februar-Erlassen niedergelegten Versprechungen bis auf den heutigen Tag nicht erfüllt! Die Arbeiter werden genau so viel erreichen wie der Machtstellung der Sozialdemokratie entspricht. —

Die Zeit einer amtlichen Bekanntmachung.

Unser Berliner w-Korrespondent schreibt uns aus dem Kammergericht:

Am 28. März 1903, dem Tage, wo die Kunde von der Ausschreibung der Reichstagswahlen telegraphisch verbreitet wurde, ließen sich mehrere polnische Genossen aus der Gegend von Beuthen vom Genossen Dr. [illegible], dem Reichstagskandidaten, Wahlflugblätter „An das arbeitende Volk" geben und verteilten sie öffentlich auf der Chaussee an die Vorübergehenden. [illegible] die Blätter und [illegible] gab sie den Passanten. D. und D. wurden auf Grund der zum Teil noch rechtsgültigen §§ 10 und 41 des preußischen Preßgesetzes angeklagt, weil sie ohne die hierzu erforderliche polizeiliche Erlaubnis öffentlich Aufrufe verteilt hätten. Die Angeklagten bestritten, sich strafbar gemacht zu haben, indem sie sich auf § 43 der Reichs-Gewerbeordnung beriefen. Die[ser] unter anderem bestimmt: „Zur Verteilung von Stimmzetteln und Druckschriften zu Wahlzwecken bei der Wahl zu gesetzgebenden Körperschaften ist eine polizeiliche Erlaubnis in der Zeit von der amtlichen Bekanntmachung des Wahltags bis zur Beendigung des Wahlakts nicht erforderlich. Dasselbe gilt von der nichtgewerbsmäßigen Verteilung von Stimmzetteln und Druckschriften zu Wahlzwecken." Nun sei, betonten die Angeklagten, die Ausschreibung der Reichstagswahl bereits durch ein Telegramm bekannt geworden. Das Landgericht Beuthen verurteilte jedoch als Berufungsinstanz die Angeklagten zu Geldstrafen. Es führte aus, daß zwar die [illegible] kaiserliche Verordnung über den Wahltermin vom 23. März datiert sei, daß ihre Veröffentlichung im „Reichsanzeiger" und „Reichs-Gesetzblatt" aber erst am 30. März erfolgte. Diese amtliche Publikation mache das Gesetz bei Anwendung des § 43 der Gewerbeordnung für maßgebend. Der [illegible] des Kammergerichts schloß sich dem an und verwarf die [illegible] der Angeklagten.

Da das Wolffsche Telegraphen-Bureau allgemein als amtlich gilt und die Wolffsche Depesche ohne Zustimmung der [illegible] Stellen nicht hätte verbreitet werden können, halten wir die Entscheidung des Kammergerichts [illegible] für [illegible]. —

Eine Niederlage der Schweizer Reaktion.

Wie von Berliner Blättern gemeldet wird, hat das Schweizer Volk alle drei reaktionären Anträge in der Volksabstimmung mit großer Mehrheit abgelehnt.

In dem ersten Antrage handelte es sich um das von Luzern aus durchgesetzte Initiativbegehren, wonach nur noch auf 20 000 Seelen der schweizerischen Bevölkerung, nicht der Gesamtbevölkerung, ein Nationalratsmandat entfallen sollte. Durch diesen Antrag sollten die Städte und die industriellen Wahlkreise getroffen werden, die viele Ausländer aufweisen. Da die Arbeiterklasse in den Städten aufgeklärter ist wie auf dem Lande, wäre der Einfluß des klassenbewußten Proletariats durch einen solchen Beschluß vermindert worden.

Dieser Anschlag der klerikalen Reaktion ist glücklicherweise vereitelt worden; der von 57 000 Schweizer Bürgern gestellte Initiativantrag wurde mit der imposanten Mehrheit von 291 061 gegen 93 460 Stimmen verworfen.

Das zweite Initiativbegehren betraf eine Ergänzung des Bundesstrafrechts und verlangte die Bestrafung der Anstiftung oder Verleitung Militärpflichtiger zu einer den Tatbestand des Verbrechens oder Vergehens bildenden Dienstpflichtverletzung. Dieser Antrag entsprang der bisher straflosen Aufforderung Genfer Arbeiter an das Militär, sich anläßlich des letzten Streiks nicht zum „Schutz der Arbeitswilligen" gebrauchen zu lassen. — In Deutschland würde es ja hart geahndet werden, wenn jemand es einmal für wünschenswert erklären würde, daß Soldaten in gewissen Fällen ihren Vorgesetzten den Gehorsam verweigern. Das Schweizer Volk läßt sich aber das Recht der freien Meinungsäußerung nicht nehmen. Der Antrag wurde mit 260 418 gegen 116 143 Stimmen verworfen.

Die dritte eidgenössische Frage, die dem Volke zur Entscheidung unterbreitet wurde, betraf die von der Bundesversammlung beantragte Revision der Bundesverfassung, die den Kantonen das Recht zu einer weiteren Beschränkung des Handels mit geistigen Getränken geben wollte. Durch die Vorlage sollte der Branntwein nicht getroffen werden. Dagegen sollte den Kantonen erlaubt sein, die Grenze für den freien, von der Konzession und besonderer Betriebssteuer befreiten Großhandel mit Bier, Wein und Obstwein von 2 auf 10 Liter zu erhöhen.

Eine solche Beschränkung würde den Schnapskonsum auf Kosten des verteuerten Bieres und des Weines nur gehoben haben. Dieser Antrag wurde mit 224 274 gegen 155 241 Stimmen verworfen. —

Deutschland.

Berlin, 27. Oktober. Der Nachfolger des ausscheidenden Oberpräsidenten v. Richthofen soll bereits gefunden sein. Wie sich auswärtige Blätter aus hiesigen unterrichteten Kreisen mitteilen lassen, wird Graf Dönhoff-Friedrichstein, der durch Kanal- und Handelsvertragsfreundlichkeit sich von den übrigen [illegible] des Ostens unterscheidet und beim Kaiser in hoher Gunst steht, als zukünftiger Oberpräsident von Ostpreußen genannt. —

— Der Entwurf des neuen Militärpensionsgesetzes liegt nach den Meldungen bayrischer Zeitungen gegenwärtig dem bayrischen Staatsministerium vor. Sein Hauptinhalt bestimmt: Die Pension beginnt nach zehnjähriger Dienstzeit mit $^{50}/_{100}$ des Diensteinkommens, das heißt mit der Hälfte anstatt gegenwärtig mit einem Viertel; sie steigert sich jährlich um $^{1}/_{100}$ des Gehaltes und erreicht somit nach 35 Dienstjahren den Höchstbetrag von $^{75}/_{100}$ oder drei Vierteln des pensionsfähigen Diensteinkommens. Das Gesetz soll auf die Kriegsinvaliden ausgedehnt werden, denen allerdings alle Feldzugsteilnehmer zugezählt werden sollen, aber nicht diejenigen, die die französische Grenze nicht mindestens während eines bestimmten Zeitraumes überschritten haben. Von den Friedensinvaliden, die vom 6. Juni 1871 an bis zum 31. März 1904 abgegangen sind, sollen nur diejenigen berücksichtigt werden, die eine Verstümmelung erlitten haben. —

— Antisemiten unter sich. Herr Böckel dreht jetzt den Spieß um und behauptet in einer Zuschrift an die „Post", nicht er habe Herrn Zimmermann für Geld den Marburger Wahlkreis angeboten, sondern umgekehrt habe Zimmermann ihm Geld angeboten, falls er (Böckel) seine (Zimmermanns) Kandidatur unterstützen würde. —

— Mädchen Lorenz teilt der „Tägl. Rundschau" mit, er strebe keineswegs ein neues Sozialistengesetz an, indessen würde [er] für ein solches erst eintreten, wenn die Regierung es beantrage. Einstweilen wolle er die Oeffentlichkeit nur über die Sozialdemokratie „aufklären".

Wenn die Regierung einmal mit ihren neuen Sozialisten[illegible]plänen herausrückt, wird sie sich hoffentlich auf den [illegible] und seine Unterstützung berufen. Wir können uns nichts Besseres wünschen. —

— Krupp und die Kieler Bourgeoisie. Der Kaiser hat nach der „Rhein.-Westf. Ztg." dem verstorbenen Geh. Rat Alfred Krupp vor dem Gebäude des kaiserlichen Jachtklubs in Kiel ein Denkmal errichten lassen. Krupp war bekanntlich Mitglied dieses Klubs. — Der Kaiser wird also das Denkmal nun doch aus eignen Mitteln errichten müssen; die Kieler Bourgeoisie hat nicht genügend aufgebracht. Wie noch mitgeteilt wird, soll das Denkmal von Professor [illegible] entworfen werden; es soll eine „überlebensgroße Bronzefigur" werden. — Wenn wir von den [illegible] in der Siegesallee in Berlin absehen, ist es [illegible] Männern in Deutschland beschieden [illegible], in so hohem Maße in Deutschland nach ihrem Tode geehrt zu werden wie Alfred Krupp. —

— Zu der Augsburger Majestätsbeleidigungsaffäre ist [illegible] bekannt, daß das Verfahren gegen [illegible] ebenso wie gegen das nationalliberale Augsburger Blatt eingestellt ist. Der „Vorwärts" teilt mit:

Die Begründung des Einstellungsbeschlusses ist beachtenswert. Objektiv sei die Notiz zwar als Majestätsbeleidigung anzusehen. Aber, fährt der Beschluß fort, es liege kein genügender Beweis dafür vor, „daß der Angeschuldigte Artur Molkenbuhr als Redakteur dieser Zeitung bei der Veröffentlichung der betreffenden, von der bayrischen Landeskorrespondenz in München, welche auf nationalem Boden steht, übernommenen Notiz die Absicht hatte, den Kaiser zu beleidigen, oder auch nur sich bewußt war, daß die Veröffentlichung dieser Notiz geeignet sei, den Kaiser zu beleidigen". Danach wäre — so schreibt der „Vorwärts" treffend weiter — vermutlich dieselbe Notiz an demselben Manne als schwere Majestätsbeleidigung gerochen worden, wenn er sie selber verfaßt oder einem andern, nicht auf nationalem Boden stehenden Blatte entnommen hätte. Es verdient übrigens hervorgehoben zu werden, daß, nachdem die Anklage gegen die „Volkszeitung" erhoben war, auch eine solche gegen ein liberales Augsburger Blatt erhoben wurde wegen der gleichen Notiz. Auch dieses Verfahren wird nun eingestellt werden. —

— Das sächsische Oberverwaltungsgericht gegen das Reichsgericht. Das sächsische Oberverwaltungsgericht hat nach unserm Zwickauer Parteiblatt die Genossen Schiller und Hecht in Crimmitschau mit ihrer Anfechtungsklage gegen das bekannte stadträtliche Verbot des Streikpostenstehens abgewiesen und ihnen die Kosten des Verfahrens auferlegt. Bekanntlich hat das Reichsgericht anläßlich der Lübecker Streikpostenverordnung den gegenteiligen Standpunkt eingenommen und Reichsrecht bricht Landesrecht! —

— Vom Zeugniszwang. Nach dem „Vorwärts" ist der frühere Redakteur der „Hilfe", Gerhard Hildebrand, nach mehr als achtwöchiger Haft vom Zeugniszwang befreit worden. — Acht Wochen lang hat man Herrn Hildebrand also erfolglos im Gefängnis schmachten lassen, weil er keine ehrlose Handlung begehen wollte. —

— Der beleidigte Unteroffizierstand. Nach einer Meldung aus Hamburg fand gestern in den Redaktionsräumen des „Hamburger Echo" eine polizeiliche Haussuchung nach dem Manuskript einer von der „Kreuzztg." denunzierten Sonntagsplauderei statt, die eine Beleidigung des Unteroffizierstandes enthalten soll. —

— Zur Chronik der Duelle. Die Strafkammer in Flensburg verurteilte den Dr. med. Carstens-Tondern, welcher seinerzeit anläßlich der Reichstagswahlen ein Säbelduell mit dem Referendar Schütze in Kiel ausgefochten hatte, wegen Zweikampfs zu 3 Monaten Festung.

Oesterreich-Ungarn.

Die Verschärfung der ungarischen Krisis.

Nach einer der „Berliner Morgenpost" aus Wien zugegangenen Depesche hat die Ernennung des Grafen [illegible] zum ungarischen Ministerpräsidenten bei der Opposition des ungarischen Parlaments große Erbitterung hervorgerufen. Die Kossuth-Partei gab die Parole aus: Kampf gegen Tisza bis aufs Messer. Aber auch in liberalen Kreisen hegt man nicht allzuviel Hoffnung, daß es Tisza gelingen werde, die Verhältnisse zu entwirren. Der klerikalen Volkspartei steht Tisza als Kalvinist von jeher feindlich gegenüber.

Nach einer Budapester Depesche der „Voss. Ztg." wird es bemerkt, daß Graf Tisza gestern abend im Klub der liberalen Partei sehr herzlich empfangen wurde im Gegensatz zu dem äußerst kühlen Empfang, der ihm bereitet wurde, als er das erste Mal zum Ministerpräsidenten designiert wurde. —

England.

Arbeiter-Kandidaturen.

ac. Einer Versammlung, die sich mit der Frage der Arbeiter-Kandidaturen beschäftigte, präsidierte am 23. Oktober in Birmingham die Gräfin Warwick. Sie vertrat den Standpunkt, die Arbeiterklasse habe dafür zu sorgen, sich — ganz abgesehen von politischen Richtungen — in den Parlamenten möglichst durch Arbeiterkandidaten vertreten zu lassen. —

Die Bergarbeiter gegen Chamberlain.

ac. Die englischen Bergarbeiter hielten in London ein großes Meeting gegen Chamberlains Politik ab, in dem sie mit aller Energie für die Prinzipien des Freihandels eintraten. Alle Bergarbeiter-Sektionen des gesamten Königreiches waren auf dem Meeting durch Delegierte vertreten. —

Rußland.

Der Verleger von Gorkis Werken verbannt.

Wie die Berliner „Volkszeitung" mitteilt, ist Herr Skirmunt, der Verleger der Werke Gorkis, ein reicher Mann, der mit seinem Vermögen einen Verlag ins Leben rief, um durch billige Ausgaben von russischen Werken das Volk aufzuklären, auf fünf Jahre nach Sibirien verbannt. In Rußland kann das Ehrenmännern sehr leicht passieren. —

Japan.

Japanische Preßfreiheit.

ac. Wenn es noch eines Beweises dafür bedurft hätte, daß Japan sich der europäischen „Kultur" mit Riesenschritten nähert, so wird er durch einen Erlaß erbracht, der den Verkauf eines Bändchens sozialistischer Lieder verbietet und die Beschlagnahme der bereits im Buchhandel befindlichen Exemplare anordnet! — Diese Maßregel ist im Anschluß an einen großen Streik in Osaka getroffen und, wie es im Erlaß heißt, von Rücksichten auf „die öffentliche Ordnung" diktiert! Das Interessanteste an der ganzen Sache aber ist, daß die verbotene Lieder-Sammlung von einem der vier japanischen Offiziere zusammengestellt ist, die auf Staatskosten — um soziale Studien zu machen — Europa bereisten, und von denen drei als Sozialdemokraten nach Japan heimkehrten. —

Kleine politische Nachrichten. Der bisherige Kommandant des Gendarmeriekorps in Bosnien und sein Stellvertreter sind dazu ausersehen, den Sicherheitsdienst in Makedonien zu reorganisieren. — Der Generalkonsul der Vereinigten Staaten in Marseille Skinner schifft sich nach Djibuti ein, um einen Handelsvertrag zwischen Abessinien und den Vereinigten Staaten abzuschließen. — In der österreichisch-ungarischen Armee sind durch Verordnung des Kriegsministers das Anbinden und Anschnallen mit Spangen als Strafen abgeschafft; ebenfalls das Fasten bei Arreststrafen. — Kaiser

Beilage zur Volksstimme.

Nr. 252. Magdeburg, Mittwoch den 28. Oktober 1903. 14. Jahrgang.

Ostasien.

(Aus der „Sächsischen Arbeiter-Zeitung".)

Wenn die Jahreszeit kriegerischen Unternehmungen auf der nördlichen Halbkugel nicht sehr hinderlich wäre, dann hätte der anscheinend unvermeidlich gewordene bewaffnete Zusammenstoß zwischen Rußland und Japan vielleicht schon begonnen. Fast täglich bringt der Telegraph alarmierende Nachrichten aus Ostasien; und wenn man auch die Uebertreibungen abrechnet, die die englischen Telegraphenbureaus hinzuzufügen lieben, weil sie von ihrem nationalen Standpunkte aus Rußland gern in einen schweren Konflikt verwickelt sähen, so bleibt doch genug des Bedenklichen übrig, und es ist an der Zeit, die Verhältnisse im äußersten Osten einer Prüfung zu unterziehen.

Zwei Differenzpunkte gibt es dort zwischen Rußland und Japan: die Mandschurei und das Kaiserreich Korea. Seitdem Rußland im Jahre 1860 die Amurprovinz und Ussuri besetzt hat, verfolgt es mit eiserner Konsequenz sein Ziel, die Mandschurei und Korea in seinen Besitz zu bringen. Das Verhalten der europäischen Mächte hat ihm die Durchsetzung seiner Pläne in jeder nur denkbaren Weise erleichtert. Die Besetzung der Mandschurei, die unter andern Umständen ein höchst riskantes Unternehmen gewesen wäre und die Gefahr eines langwierigen und überaus kostspieligen Grenzkrieges mit China heraufbeschworen hätte, gelang ihm im Jahre 1900, als bei den großen chinesischen Wirren ganz Europa zum Schutz seiner „heiligsten" Güter zu einem Kreuzzuge gegen die gelben „Barbaren" aufgeboten wurde, spielend. Natürlich nur zur Aufrechterhaltung der „Ordnung" warf Rußland seine Truppen in die Mandschurei, nur um den ihm 1898 zum Danke für seine Intervention zugunsten Chinas beim chinesisch-japanischen Friedensschluß konzessionierten Bau der transmandschurischen Bahn zu decken, legte es Festungen an, nur bis zum 8. Oktober 1903, so wurde im feierlichen Vertrage abgemacht, übernahm es auch die gesamte Zivilverwaltung der Provinz und die Reglung des Grenzzollwesens! Aber man darf wohl die naiven Leute mit der Laterne suchen, die an ein gutwilliges Zurückweichen Rußlands aus den okkupierten Landstrichen glauben. Der 8. Oktober ist längst verstrichen, Rußland vermehrt seine Truppenmassen in der Mandschurei, verstärkt seine Flotte in Wladiwostok und Port Arthur, statt abzurüsten, und hat den chinesischen Staatsmännern, die sich mit der ihnen eigenen Würde ins Unvermeidliche und Unabänderliche zu fügen wissen werden, erklärt, es könne seine Truppen und Verwaltungsbeamten nicht eher zurückziehen, als bis daß China alle Bedingungen irgend eines Vertrages erfüllt haben werde. Das wird am St. Nimmerleinstag geschehen sein!

Ebenso steht es mit der Haltung Rußlands in Korea. Offiziell denkt Rußland gar nicht daran, die Selbständigkeit Koreas anzutasten oder über die Grenzen der mit diesem und andern Ländern geschlossenen Verträge hinauszugehen. Aber schon lange sind Tausende von russischen Soldaten in der Verkleidung als Holzfäller in Korea eingebrochen und täglich folgen ihnen, ungeachtet der koreanischen Proteste, neue; beim Bau der 1896 konzessionierten Eisenbahn und der Telegraphenlinie sind gleichfalls erhebliche Mengen von russischen Soldaten beschäftigt. Langsam, Schritt vor Schritt, wird die ganze Halbinsel unter die Bot- [illegible] keit [illegible] lands gezwungen.

Japan hat dieser Entwicklung der Dinge mit steigendem Ingrimm zugesehen und stand schon mehr als einmal auf dem Sprunge, den Krieg zu erklären. Und Rußland hat nichts getan, es von der äußersten Entscheidung abzuhalten, sondern im Gegenteil eine Nadelstichpolitik getrieben, besonders durch die rigorose Absperrung Japans von dem wichtigen mandschurischen Handel, die die Geduld jenes Staates auf die härteste Probe stellen mußte und offenbar auch stellen sollte. Nur die Furcht vor einer Niederlage hat Japan bisher zurückgehalten und wird es zurückhalten, so lange Rußlands Vorgehen ihm überhaupt erträglich ist. Kurz nach dem Abschluß der chinesischen Wirren hat der bedeutendste japanische Staatsmann, Marquis Ito, eine Reise durch die europäischen Hauptstädte gemacht, um Bundesgenossen für den Fall eines Krieges mit Rußland zu suchen. Aber da keine europäische Nation im äußersten Osten Lebensinteressen zu verteidigen hat, da Frankreich zu nahe mit Rußland liiert ist und England mit dem Burenkriege alle Hände voll zu tun hatte, so hat er nichts als eine ansehnliche Sammlung von Körben mit nach Hause gebracht. Nur England hat eine Art Bündnis mit Japan abgeschlossen, aber es ist wesentlich defensiven Charakters; England braucht danach in einem russisch-japanischen Konflikte nur dann dem Inselstaate mit seiner Flotte zu Hilfe zu eilen, wenn ein dritter Staat zu Rußlands Gunsten bewaffnet eingreift — ein Fall, der nicht sehr wahrscheinlich sein dürfte.

Worin liegt nun die Nötigung für Japan, einen Waffentanz mit dem mächtigen Zarenreiche ernstlich zu erwägen? Sie ist in der Natur seines Landes und in seiner starken Volksvermehrung begründet. Die japanischen Inseln haben einen Gesamtkomplex von ungefähr 380 000 Quadratkilometer, auf denen jetzt etwa 46 Millionen Menschen wohnen. Aber diese Bevölkerung ist sehr ungleichmäßig verteilt; weite Striche des vulkanischen Landes eignen sich gar nicht zur Besiedlung, und die fruchtbaren Ebenen sind heute schon übervölkert. Soweit es schon kapitalistisch industrialisiert ist, braucht Japan sichere Absatzgebiete für die Waren seiner Großindustrie, soweit es noch in den alten Verhältnissen steckt, muß es Menschen exportieren, oder mit andern Worten: kolonisieren. Die Insel Formosa, die ihm nach dem Kriege mit China zugefallen ist, genügt seinen Expansionsbestrebungen um so weniger, als sie teils von wilden Bergvölkern hartnäckig verteidigt wird, teils aber klimatisch für eine Besiedlung durch Japaner nicht in Betracht kommen kann. In jeder Beziehung wohlgeeignet zu einer Annexion ist dagegen Korea. Das fruchtbare Land würde ein guter Abnehmer für die japanischen Industrieprodukte und ein leistungsfähiger Lieferant wichtiger Rohstoffe sein; nur durch das nicht allzu breite japanische Meer von dem Inselreiche getrennt, liegt es den Japanern sozusagen vor der Türe. Setzt Rußland sich dort dauernd fest, dann muß es in Japan über kurz oder lang zu einer Katastrophe kommen, weil das Zarenreich durch eine hochgespannte Schutzzollpolitik jeden wirtschaftlichen Konkurrenten von den besetzten Ländern fernzuhalten entschlossen und fähig ist. Die Japaner stehen also vor der Entscheidung, ob sie ein Ende mit Schrecken dem Schrecken ohne Ende vorziehen wollen.

Wägt man die militärischen und maritimen Streitkräfte der beiden Mächte gegeneinander ab, so kann kein Zweifel darüber herrschen, daß Japans Aussichten auf einen Sieg mit jedem Tage schlechter werden. Rußland hat, finanziell gekräftigt durch das zu einem System fortdauernden Pumpens gewordene Bündnis mit Frankreich, erstaunliche Anstrengungen zur Stärkung seiner Macht im äußersten Osten gemacht. Seine Flotte ist heute schon der japanischen mindestens gleich, wenn nicht überlegen; und seine Landmacht befindet sich, mit der transsibirischen und transmandschurischen Eisenbahn als Stützpunkten im Rücken, in einer unvergleichlich viel günstigeren Lage als eine japanische Landungsarmee, die Hunderte von Meilen entfernt von ihrer Operationsbasis kämpfen müßte. Japan hat deshalb in neuerer Zeit auch den Versuch gemacht, ein „gelbes" Bündnis zu stande zu bringen und China gegen Rußland mobil zu machen. Das Verbot der Waffeneinfuhr nach China ist jetzt abgelaufen und dieser Staat beginnt neu zu rüsten. Aber es ist kaum zu denken, daß seine ungefüge Maschine in Bewegung gerät, und überdies wird Rußland, wenn solche Gefahr droht, die Entscheidung zu beschleunigen versuchen. Mag der Muschik (Bauer) in seinen europäischen Ländern verhungern, mag das autokratische Regiment durch die revolutionären Strömungen in seinen Grundfesten erschüttert werden — das ist für das Zarenreich nur ein Grund mehr, durch die Glorie eines siegreichen Krieges sein jetziges Leben eine kurze Spanne Zeit weiter zu fristen. Es war noch immer die Politik schlechter Regierungen, die Völker über den Jammer im Innern mit Kriegen nach außen hinwegzutäuschen. —

Sitzung des Zentralkomitees für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Magdeburg, 25. Oktober 1903.

Kurz vor ½12 Uhr eröffnet Genosse Albert Vater die Sitzung. Es fehlen die Vertreter der Wahlkreise Halberstadt-Wernigerode und Wanzleben. Genosse Vater verliest einen Brief der Halberstädter Genossen, aus welchem hervorgeht, daß dieselben ihren Vertreter zu den Zentralkomitee-Sitzungen nicht mehr entsenden. — Hierauf gibt Vater den Geschäftsbericht des geschäftsführenden Ausschusses. Von den durch die Reichstagswahl entstandenen Prozessen sind fünf noch nicht erledigt. An der späteren Fertigstellung der Kalender trägt der Ausschuß keine Schuld. Die Verzögerung ist durch die hohe Auflage von 70 000 Exemplaren entstanden. Ferner teilt Vater mit, daß der geschäftsführende Ausschuß keine Geldmittel mehr zur Verfügung habe. — Von Ludwig-Olvenstedt wird bemängelt, daß sein Kreis nicht die nötige Zahl von Kalendern erhalten hat. — Wizorowski-Staßfurt vermißt in dem Geschäftsberichte jede Bezugnahme auf die seinerzeit in Nr. 204 der „Volksstimme" erschienene Erklärung der Magdeburger Genossen und des geschäftsführenden Ausschusses. Er ist der Meinung, daß der Ausschuß kein Recht hatte, sich in die Angelegenheit einzumischen, ohne die Ansicht des Zentralkomitees einzuholen. W. tadelt das Verhalten des Ausschusses, welches eine Beschönigung der Handlungsweise der Magdeburger Parteileitung bedeute. — Wrage-Stendal erklärt, daß sein Kreis bedeutend mehr Kalender erhalten habe, als bestellt seien. Wer solle diese bezahlen? — Vater-Magdeburg zerstreut diese Bedenken. Im weiteren rechtfertigt Vater das Verhalten des Ausschusses in der Zeitungsfrage. Der Ausschuß muß wohl berechtigt sein, die Interessen eines auch von ihm vertretenen Kreises zu wahren. — Ludwig-Olvenstedt schließt sich in scharfen Worten dem Tadel des Genossen Wizorowski an. — Letzterer verlangt entschieden eine Diskussion über die Frage. Er begreift nicht, weshalb der Ausschuß nicht den Beschluß der Konferenz zur Ausführung gebracht habe. Der Ausschuß hat sich zum Werkzeug der Lüge gemacht, indem er die Erklärung in Nr. 204 mit veranlaßt habe. Den Vertretern der Wahlkreise habe man seinerzeit erklärt, die „Volksstimme" sei Eigentum der Magdeburger Genossen und in der Erklärung heißt es, daß Harbaum Eigentümer sei. Wenn dies wahr sei, dann hätten die Kreise nicht mit der Magdeburger Parteileitung zu verhandeln brauchen. — Vater erklärt jedes weitere Eingehen auf diese Frage abzulehnen, nachdem der Genosse Wizorowski in solch eigentümlicher Weise die Angelegenheit behandle. — Wizorowski-Staßfurt hat folgende Anträge gestellt:

1. Die Sitzung hält den Ausschuß formal für nicht berechtigt, ohne Beschlußfassung des Zentralkomitees eine Erklärung wie die in Nr 204 der „Volksstimme" abzugeben.
2. Die Sitzung billigt oben angeführte Erklärung des geschäftsführenden Ausschusses nicht.

Beide Anträge werden abgelehnt. Dafür stimmen nur Ludwig-Olvenstedt und Wizorowski-Staßfurt. — Hierauf gibt Giesecke-Magdeburg als Kassierer einen Bericht über die große Ebbe, die augenblicklich in der Kasse herrscht. Die bisherigen Ausgaben hätten nur deshalb geleistet werden können, weil die Magdeburger Parteileitung größere Summen vorgestreckt habe. Auch gehen jetzt die Beiträge nicht mehr so pünktlich ein. Der Kreis Halberstadt-Wernigerode hat im ganzen 25 Mark bezahlt, so daß er 1½ Jahre im Rückstande ist. — Vater-Magdeburg bemängelt, daß von vornherein die Beiträge für das Zentral-Komitee viel zu niedrig bemessen worden seien. Die Agitation, welche in den altmärkischen Kreisen geleistet werden müsse, sei bedeutend teurer, wie diejenige, die von Magdeburg in den umliegenden Kreisen früher geleistet worden ist. Es gibt nur zwei Wege, der Kalamität abzuhelfen, entweder die Beiträge wesentlich zu erhöhen oder die Gelder sich von Berlin schicken zu lassen. — Drechsler-Burg drückt sein Erstaunen über den Wahlkreis Halberstadt aus und schildert die Verhältnisse in seinem Kreise. Auch Jerichow habe des öftern höhere Beiträge zum Zentral-Komitee geleistet, als eine Verpflichtung vorliege. — Ludwig-Olvenstedt erklärt, daß seitens seines Kreises keine höheren Beiträge gezahlt werden könne. — Giesecke ist nicht dafür, daß man sich an den Parteivorstand nach Berlin um Zuschuß wendet. Die einzelnen Kreise könnten wohl einmal einen Extrazuschuß leisten. Die Agitation müsse hochgehalten werden. Bei einigermaßen gutem Willen lasse sich recht gut weiter arbeiten. — Wrage-Stendal versichert, daß sein Kreis diesmal die Kalenderverbreitung jedenfalls selbständig vollziehen werde, ohne die materielle Hilfe des Zentralkomitees in Anspruch zu nehmen. — v. d. Ohe-Clötze bedauert, daß Salzwedel-Gardelegen nichts aufbringen könne. In Clötze habe man jetzt wieder auf die Veranlassung maßgebender Personen 20—25 Genossen die Winterarbeit genommen. — Vater-Magdeburg erklärt, daß auch er das Verhalten des Halberstädter Kreises mißbillige. Wenn der Kreis wirklich nach den Vorkommnissen der letzten Zeit glaubt Ursache zu haben auszuscheiden, und keine Beiträge mehr zahlen will, dann müsse doch konstatiert werden, daß die Beiträge mindestens in der festgesetzten Höhe bis zum

Feuilleton.

Nachdruck verboten.

Im Wirbel.

Ein Buch aus der Anarchie des Lebens. Von Karl Morburger.

(28. Fortsetzung.)

Rastlos irrt Steinmüller einher. Wie ein Flagellant jagt er mit dem Winde, mit dem Flockentreiben um die Wette durch die Straßen. Aber hartnäckig vor ihm her das buhlende Luftbild. Und auch im Hirne sitzt es ihm. Es ist ihm zur fixen Idee geworden, zum Brennpunkte seines Denkens. Gefühllos, stumpf und gleichgültig ist er gegen alles. Sein ganzes Sein ist aufgesaugt von diesen Gestalten. Der Faun und Pepi. Er vermag nicht, sich ihnen zu entreißen.

Blickt er in ein Auslagefenster — da sieht er grell umstrahlt diese Szene. Starrt er vor sich in die Luft — er sieht die Szene. Die Flocken werden zu Daunen, die den Kissen entflattern, den Kissen, die der Faun in brünstiger Gier und Ungeduld zerrissen. Oder die Flocken wachsen, wachsen zu runden Scheiben, zu Goldstücken, zu grinsenden, höhnenden Goldstücken, die auf Pepis Körper niederfallen und ihn mit Beulen bedecken.

Der Faun — Pepi — Kissen — und die Goldstücke im wüsten Gewirre vor ihm. Er schließt die Augen — der Spuk währt fort.

Er wühlt und krallt sich ihm ins Hirn. In kurzen Momenten, da er zu denken vermag, grübelt er über diesen Zustand. Was ist das? Etwa Eifersucht? Physische Eifersucht?!

Doch bevor er sich die Antwort gibt, bricht der Hexensabbat wieder los. Toller, wirrer, grotesker als früher. Er will ihm abwehren, fährt mit den Händen über die Augen, schlägt mit den Fäusten danach. Die Faust durchschneidet die Luft — das Bild steht wieder vor ihm.

Wieder ein Augenblick ungetrübten Denkens. Er fragt sich, was er beginnen soll. Schlafen? Das kann er nicht! Aber er muß schlafen! Wie wenn er trinken . . . Ja, trinken!

Trinken! Trinken! Sich betäuben! In tiefen, tiefen Schlaf verfallen und so alles vergessen!

Ja, trinken!

Er blickt sich um. Er ist am Lerchenfeldergürtel. Dort ist Tofels Gasthaus. Er kennt es dem Namen nach. Ein Vorstadtbeisel, so eine Art Spelunke; nicht im besten Rufe; die niederen Arbeiter, Verbrecher, Zuhälter und Dirnen bilden das Stammpublikum. Ah — einerlei! hinein!

Er stolpert in das Lokal. Die Luft ist dick, fast zum Schneiden. Dichter, beißender Tabaksqualm, Speisen- und Menschendunst. Er schlägt sich in eine Ecke. Der Kellner fragt, was er wünscht und bringt das bestellte Bier. Zwei hastige Züge und das Glas ist geleert. Ein frisches Bier wird gebracht. Auch das ist rasch ausgetrunken. Man bringt ein Drittes.

Trinken! Trinken! Sich betäuben!

Da, da kriecht dieser Spuk wieder herauf — in weiße, glänzende Kissen gehüllt — Pepi und der Faun . . . hei, der Faun schwebt in den Lüften über Pepi, er umkreist sie und jetzt wendet er die Taschen, und die Goldstücke fallen nieder, nieder auf Pepis Körper, sie fallen wuchtig, schneiden sich ein, vergraben sich in ihr Fleisch . . . Und sie lacht und winkt dem Faun zu, sie öffnet die Arme, wölbt die Lippen . . .

Bier! Bier! Trinken! Trinken! An nichts denken!

Wieder ein hastiges Leeren des Glases. Er fühlt, wie sein Kopf schwer wird, wie ihn eine Betäubung erfaßt.

So ja! So ist es gut!

„Kellner! Bier!"

Er schreit es. Man bringt wieder Bier. Er trinkt. Bald gleitet sein Kopf herab. Er sieht und hört nichts mehr.

Vorn am Podium Volkssänger. Verwitterte, morsche Körper, ausgesungene Stimmen. Verkrachte Existenzen. Ihre Lieder sind derb, faustdick aufgetragene Gemeinheit.

Die Menge wiehert vor Vergnügen.

Nur zwei Männer am Tische neben Steinmüller haben dafür kein Gehör. Sie zischeln miteinander und blicken zu dem halb Schlafenden herüber.

Beide in zerrissenen, dürftigen, schäbigen Kleidern. Verwahrlost, auch im Aeußeren. Der eine hat eine Gaunerphysiognomie. Eine wilde, raubtierartige Energie in seinen Zügen. Der Blick lauernd, spähend. Der andre scheu, furchtsam, gedrückt, ausgehungert. Und dieser flüstert jetzt:

„Na, na . . . dazu hast mich nit. I . . . i will ka Gauner werden!"

„Tepp! *) Dös Bier hab' i da zahlen können! Na, und was machst nachha? Gehst pennen?**) Bei dera Kält'n! G'schamsta Diener! ***) 's is scho amal so! D' eignen Finger kann man sie nöt a'beißen. Der durt hat a Geld — mir hab'n kans — na alsdann! I ziag ihm's Taschl' — firti, gar — aber Du mußt d' Mauer machen!"

Eine Pause. Der Gauner zischelt weiter:

„Hm, spekulierst eppa †) noch? 's is scho amal so! Nachha — hast a warm's Bett und a paar ruhige Täg! Sei nöt blöd! 's ehrlich san taugt für unseans nix! Ma krepiert dabei!"

Der andre schweigt. Er ist zu müde, um zu sprechen. Kraftlos hängen die Glieder herab wie Fäden. Und wieder hört er:

„Hast nix dabei z' tun! I ziag's schon allein. Nur d' Mauer mach' mir! Kriagst d' Hälft! Bis er a'kragt, kriachen mir ihm nach."

Wieder eine kleine Pause. Der Sprecher hebt das Glas: „Alsdann — auf gute Kompanie!"

Nur zögernd leistet ihm der andre Bescheid. Aber er tut es doch.

Da von der Tür her der laute Ruf:

„He! He! Erst zahl'n! Eh'nder zahl'n."

Der Kellner hält einen Burschen am Rockkragen fest.

„Na wird's! — Mit'n Geld h'raus!"

Der Bursche blickt scheu zu Boden und flüstert einige Worte. Die Menge erhebt sich von den Plätzen und nähert sich den beiden!

(Fortsetzung folgt.)

*) Narr!
**) Im Freien nächtigen.
***) Identisch mit einem Abschiedsgruße.
†) Vielleicht.

1. Juli d. J. hätten gezahlt werden müssen. Auch seitens des Kreises Aschersleben kann ein erhöhter Beitrag geleistet werden. Wenn nur der Magdeburger Kreis immer die Kosten zahlen soll, dann brauchten wir kein Zentralkomitee, dann könne die ganze Arbeit auch ein Agitations-Ausschuß von Magdeburg aus leisten. Im Kreise Salzwedel-Gardelegen müsse unbedingt im Winter eine Konferenz stattfinden. — Wizorowski-Staßfurt gibt seiner Genugtuung Ausdruck, daß er recht behalten habe, wenn er früher die Agitation in den beiden altmärkischen Kreisen als eine der Hauptaufgaben bezeichnet habe und daß diese nicht erfüllt werden könne, wenn solch niedrige Beiträge gezahlt würden. Sein Kreis könne nicht mehr leisten. Auch er ist der Meinung, daß der Parteivorstand in Berlin eingreifen müsse, wenn die Agitation in der Altmark nicht vernachlässigt werden soll. — Giesecke konstatiert nochmals die pünktlichen Zahlungen des Kreises Aschersleben. Die Schulden des Zentralkomitees seien dadurch entstanden, daß seitens des Ausschusses von Magdeburg Vorschüsse hätten verlangt werden müssen. Auch sei eine größere Druckerrechnung für den Kreis Jerichow verauslagt worden. — Drechsler-Burg ist für Erhöhung der Beiträge, glaubt aber, daß kein Resultat erzielt werde. Er bitte, den Antrag Vater (Erhöhung der Beiträge) dahin abzuändern, daß den einzelnen zahlungskräftigeren Kreisen die Pflicht auferlegt werden soll, mehr als bisher zur Kasse des Zentralkomitees zu steuern. — Vater zieht hierauf den Antrag des Ausschusses auf Allgemeinerhöhung der Beiträge zurück und bringt den Drechslerschen Antrag zur Abstimmung, der einstimmig angenommen wird. Verschiedene Anträge werden zurückgezogen. — Um die Kalender zu bezahlen und die Verbreitung in den altmärkischen Wahlkreisen zu vollziehen, soll die Magdeburger Parteileitung sofort um einen größeren Vorschuß angegangen werden.

Es erfolgt nunmehr die Wahl des geschäftsführenden Ausschusses; derselbe setzt sich zusammen aus: Albert Vater, Vorsitzender; Hermann Giesecke, Kassierer; Robert Pistorius, Schriftführer.

Unterm Punkt „Verschiedenes" regt Wizorowski an, die Sitzungen in Zukunft nachmittags stattfinden zu lassen. Mehrere Redner sprechen dagegen. Ein Antrag wird nicht angenommen. — Wrage-Stendal befürchtet ein Zurückgehen der politischen Bewegung in Stendal, weil dort eine größere Anzahl Industriearbeiter jetzt bereits verzogen ist. Er wünscht, daß der geschäftsführende Ausschuß die Fäden in Händen behält. Giesecke ist dafür, sofort Schritte zu unternehmen, damit die Partei keinen Rückgang erleide. — Es tritt Schluß der Sitzung um ½2 Uhr ein. —

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 27. Oktober 1905.

Herr Stein und seine auswärtigen Abonnenten.

In welch wunderbarer Weise der Zeitungsverleger Herr Stein sein Unternehmen den eigenartigen Verhältnissen auf dem Lande anzupassen versucht, ist geradezu rührend. Würde Darwin noch leben, er könnte seinem Werk über die Entwicklung der Arten ein weiteres Kapitel über die Anpassungsfähigkeit von Zeitungsverlegern hinzufügen. Die Leute, die Herr Stein nämlich auf dem platten Lande durch seine „Vertreter" für sein Blatt zu interessieren versucht, erhalten folgende neuzeitliche Abonnements-Bestellung nach Schema B:

Der Unterzeichnete abonniert hiermit auf 1 Exemplar, beginnend mit 1. Oktober 1903, der Tageszeitung

„Neueste Nachrichten"

für Magdeburg und die Provinz Sachsen

mit den Beiblättern

„Rundschau in Wort und Bild"

„Abendstunden" und

„Nützliche Blätter"

zum vierteljährlichen Abonnementspreise von Mk. 1,92 durch die Post frei ins Haus. **Das Abonnement gilt stets für 2 Winterhalbjahre und zwar vom 1. Oktober bis 1. April und auf den gleichen Zeitraum für verlängert, wenn es nicht vor Beginn des letzten Abonnementsquartals abbestellt wird.**

Als Erfüllungsort für Zahlung und Lieferung gilt Magdeburg.

Hiergegen verpflichtet sich der Verlag der „Neuesten Nachrichten" zur unentgeltlichen Lieferung einer großen oder zwei mittleren Kunstbeilagen nach vorgelegten Muster und zur ferneren Lieferung von einem großen Goldrahmen zum Preise von Mk. 1,50 bezw. zwei mittleren Goldrahmen zum Preise von Mk. 1,00 das Stück durch Postnachnahme, ab Magdeburg.

(Name u. Stand): ____________________

(Wohnort): ____________ (Datum): ____________

(Poststation): ____________________

Herr Stein hat in Erfahrung gebracht, daß die Leute auf dem Lande im Winter mehr Zeit zum Lesen haben als im Sommer, und kommt nun auf diese Weise den biederen Landbewohnern auf halbem Wege entgegen, indem er sie nur für das sog. „Winterhalbjahr" als Abonnenten zu gewinnen versucht. Natürlich lesen die Landleute die zur Unterschrift vorgelegten Zirkulare des Herrn Stein nicht buchstäblich, weil sie annehmen, daß die Geschäftsusancen hier ebenso sind wie bei jedem anderen Zeitungsunternehmen. Ganz erstaunt sind diese Bedauernswerten, wenn sie eines Tages erfahren, daß sie den Stein-Moniteur gleich für zwei aufeinanderfolgende Winterhalbjahre bestellt haben und von dieser Bestellung auf ein noch fernliegendes Semester für eine noch lange nicht herannahende Zeit nicht wieder loskommen können.

Der schlaue Herr Stein hat bereits die Gutgläubigen mit folgendem Schreiben beglückt:

Herrn . . . . in . . .

Laut dem von Ihnen unterschriebenen Bestellschein haben Sie unsere Zeitung für ein ganzes Jahr abonniert und können Ihre Abbestellung vor Ablauf dieser Zeit nicht annehmen.

Wir ersuchen Sie deshalb, den Betrag an unseren hiesigen Vertreter sofort zu zahlen, andernfalls wir gezwungen sind, diese Angelegenheit zu einer gerichtlichen Entscheidung zu bringen.

Hochachtungsvoll
Verlag der „Neueste Nachrichten".

Da derartige Briefe, wie uns mitgeteilt wird, in großer Anzahl verschickt werden, so müssen die Differenzen zwischen Herrn Stein und einem Teil der Landbewohner ziemlich zahlreich sein. Es wäre wirklich hochinteressant, zu erfahren, inwieweit die Vertreter des Herrn Stein die Schuld an diesen Differenzen durch ihr aufdringliches Wesen selbst tragen.

Am drastischsten erscheint, daß Herr Stein, wie uns berichtet wird, glaubt, auf Grund obigen unglaublichen Vertrages sogar das Recht zu haben, das Abonnementsgeld für das ganze Jahr im voraus verlangen zu dürfen. Natürlich ist Herr Stein zu solchen Ansprüchen nicht berechtigt, wohl aber sind die Unterzeichner verpflichtet, das Blatt unter den üblichen Bedingungen auch im nächsten Winter zu nehmen. Die Aermsten haben unterschrieben und der kluge Herr Stein scheint der letzte zu sein, welcher seine unfreiwilligen Abonnenten aus seinen Klauen zu befreien bereit wäre. Er wird den Hineingelegten nicht einmal das Tüpfelchen über dem i von ihren Verpflichtungen erlassen. Ein Zeitungsunternehmen, das mit derartigen Mitteln arbeitet, kann als solid nicht mehr bezeichnet werden. Daß es unter derartigen Verhältnissen für Herrn Stein jetzt sogar schwer hält, Austrägerinnen zu bekommen, begreifen wir.

Ein Brudermord vorm Schwurgericht.

Die erste Verhandlung der siebenten Schwurgerichtstagung hat einen Totschlag zum Gegenstande, den der vorbestrafte Arbeiter Andreas Maygatter aus Glöthe, geboren 1863, an seinem eignen Bruder Louis Maygatter begangen haben soll. Der Getötete stand in dem Rufe, ein großer Wilddieb zu sein und bekam mit seiner aus Frau und vier Kindern bestehenden Familie schlecht Wohnung. Andreas Maygatter, der ein Hausgrundstück besitzt, nahm den Bruder mit seiner Familie in eine leer stehende Giebelstube auf und versuchte, ihn zu regelrechter Tätigkeit in der Laaßschen Zementfabrik, wo er selbst arbeitete, anzuhalten. Er erntete für seine Gutmütigkeit schlechten Dank, denn es dauerte nicht lange, so gerieten zuerst die Schwägerinnen und die Kinder in Streit und Zank, später auch die Brüder. Am 21. Juli d. J. stand wegen einer solchen Streitsache Hauptverhandlungstermin vor dem Schöffengericht zu Calbe a. S. an, zu dem nicht nur Louis Maygatter als Angeklagter, sondern auch seine Schwägerin als Zeugin geladen waren. Andreas Maygatter, der damals Nachttour hatte, pinselte morgens sein Haus nun an, wobei er zwei Achtel Schnaps trank, dann legte er sich schlafen. Inzwischen war sein Bruder Louis von Calbe zurückgekehrt und stürzte wütend über seine Verurteilung in die Kammer des ruhig schlafenden heutigen Angeklagten und machte einen gefährlichen Messerangriff auf ihn. Es gelang aber Andreas, sich, nur mit dem Hemde bekleidet, ins Freie zu retten. Der Angeklagte hatte ein altes Militärgewehr und eine Anzahl Platzpatronen im Besitz. Nachdem er, wie erwähnt, von seinem Bruder bedroht war, nahm er zwei Platzpatronen und verwandelte sie dadurch in scharfe, daß er die Hülsen mit Schrot füllte. Eine dieser Patronen lud er in das Gewehr und stellte es dann ungesichert in die Wohnstube. Plötzlich hörte er im Hausflur das Geschrei seiner Frau, ergriff die Waffe und eilte hinaus. Hier will er — Andreas — nun gesehen haben, wie sein Bruder Louis seine Frau mißhandelte. Als er einschritt, soll Louis ihm dann mit einem Messer zu Leibe gegangen sein, was er damit beantwortete, daß er mit den Worten: „Komm nicht ran, sonst schieße ich!" das Gewehr hob. Louis ging aber doch weiter auf ihn los und nun gab Andreas einen Schuß ab, der den Bruder in die Lunge traf. Während die Hausbewohner für den Verletzten sorgten, der nach ganz kurzer Zeit verstarb und die Polizei benachrichtigten, ging Andreas in seine Wohnung und erwartete still und wie vor den Kopf geschlagen seine Festnahme. Der Angeklagte behauptet, es sei nie seine Absicht gewesen, seinen Bruder zu töten. Er habe sich nur die Flinte geladen, um einen Schutz gegen die fortwährenden Roheiten seines Bruders zu haben, um demselben im schlimmsten Falle durch ein paar Schrotkörner einen Denkzettel zu geben. Die Geschworenen bejahten auf Grund des Beweisergebnisses die Frage nach Totschlag unter Zubilligung mildernder Umstände. Dementsprechend verurteilte der Gerichtshof den Angeklagten zu 4 Jahren Gefängnis und 5 Jahren Ehrverlust. —

— **An die Metallarbeiter** ergeht hiermit die dringende Aufforderung, in den Fabriken die Propaganda für die Landtagswahl nicht ruhen zu lassen. Schon die Tatsache, daß die Behörde die denkbar ungünstigste Wahlzeit angesetzt hat, muß es Euch zur Pflicht machen, nun erst recht zahlreich anzutreten, um die Kombinationen der Gegner zuschanden zu machen. Sichert Euch auf jeden Fall die Zeit von 11 bis 1 Uhr zur Ausübung Eures Wahlrechts. Wenn alles pünktlich zur Stelle ist, ist die Möglichkeit, um 1 Uhr die Arbeitsstellen wieder aufzusuchen, nicht ausgeschlossen. Laßt es Euren Meistern und sonstigen Vorgesetzten schon jetzt wissen, daß Ihr am 12. November cr. zur Wahl geht. Handelt! Zeigt Schiffer und Konsorten, daß Ihr euch mit ungleichen Waffen zu kämpfen versteht. —

— **Achtung, Steuerzahler!** Zum Zwecke der Veranlagung der auf Grund des Gesetzes vom 24. Juni 1891 und 14. Juli 1893 zu erhebenden Einkommen- und Ergänzungssteuer findet in hiesiger Stadt am Donnerstag den 29. Oktober d. Js. eine genaue Aufnahme des Personenstandes der gesamten Einwohnerschaft des Gemeindebezirks statt. Bei Ausfüllung der ausgegebenen Formulare ist die auf der ersten Seite befindliche Instruktion sorgfältig zu beachten. Um unrichtige Eintragungen nach Möglichkeit zu verhindern, macht der Magistrat bekannt, daß wer die von ihm geforderte Auskunft verweigert oder ohne genügenden Entschuldigungsgrund in der gestellten Frist gar nicht oder unvollständig oder unrichtig erteilt, mit einer Geldstrafe bis zu 300 Mark bestraft werden kann. —

— **Der Stern,** jenes gewaltige Bollwerk im Südosten unserer Stadt, das genau so wie die alte Zitadelle seinen Wert als Festungsteil durch die immensen Fortschritte auf dem Gebiete der Kriegstechnik vollständig verloren hat, wird in nicht allzuferner Zeit wenn nicht vom Erdboden verschwinden, so doch dem Erdboden gleichgemacht werden. Ohne jemals ernsthaft mit seinen gewaltigen Bastionen, seinen enormen Kasematten und sonstigen Verteidigungsmitteln in Gebrauch genommen zu sein, ist dieser nicht unbedeutende Komplex nunmehr in den Besitz der Stadt übergegangen. Wo heute noch die Schildwache oder der Militärposten im gemessenen Schritt auf und abgeht, wird morgen schon oder bei kommendem Winter die Schar der Arbeitslosen mit Schippe und Spaten die Wälle abzutragen sich bemühen, die einst zum Schutze der Stadt unter Aufwendung von vielen Millionen errichtet worden sind. Hier und da ist von dieser einst berühmten Schanze schon ein Stück hinweggenommen. Die Ausdehnung der Stadt mit ihrem erweiterten Verkehr hat diese Degradierung heraufbeschworen. Jetzt ist die Beseitigung des ganzen Bollwerks beschlossene Sache. Da sich an dieses Stück Erde so manche historische Erinnerung knüpft, wir erinnern nur an das heut noch vorhandene Gefängnis des Freiherrn von der Trenck, so ist vielfach der Wunsch laut geworden, das Sterngelände vor der Planierung den Einwohnern der Stadt Magdeburg zur Besichtigung auf eine bestimmte Zeit freizugeben. Wie wir hören, ist dieser Gedanke beim Magistrat bereits erörtert. Irgendwelche Schwierigkeiten dürften diesem Verlangen der gesamten Bürgerschaft sicher nicht im Wege stehen. —

— **6995 Häuser** hatte Magdeburg nach der letzten Volkszählung, worin 229 663 Menschen wohnten. Durchschnittlich wohnen also in jedem Hause Magdeburgs 32,8 Personen. Das ist ein sehr ungünstiges Zeichen, denn je dichter die Bevölkerung „aufeinander" wohnt, desto ungesunder ist naturgemäß die Lage. Andre Städte stehen da viel günstiger. So entfallen auf ein Haus in Königsberg 32,4, in Chemnitz 30,1, München 28,9, Dresden 28,7, Leipzig 27,8, Kassel 24,9, Kiel 23,9, Hamburg 23,3, Mannheim 22,2, Stuttgart 21,1, Halle 20,8, Hannover 20,4, Danzig 20,3, Düsseldorf 20, Dortmund 19,9, Nürnberg 19,5, Altona 19,5, Elberfeld 18,9, Essen 18,7, Frankfurt 18,7, Barmen 18,4, Braunschweig 18,1, Aachen 17,4, Straßburg 17, Köln 15,8, Krefeld 14 und am günstigsten steht Bremen da mit 7,84 Einwohnern pro Haus. Bremen hat aber sehr viele Einfamilienhäuser, während es in Magdeburg, wo die Bevölkerung über viermal so dicht wohnt, sehr viele Mietskasernen gibt. Auf dem Gebiete der Wohnungsfürsorge gibt es mithin in Magdeburg noch sehr viel zu tun. —

— **Der Handel mit Blumen am Totenfest- und Allerheiligen-Sonntag.** Auf Grund des § 105b Absatz 2 der Gewerbe-Ordnung hat der Regierungspräsident mit Ermächtigung der zuständigen Minister den Handel mit Blumen und Kränzen in Ladengeschäften am Totenfest-Sonntag — in diesem Jahre am 22. November — und am Sonntag Allerheiligen — 1. November — für die Dauer von zehn Stunden mit Ausschluß der für den öffentlichen Gottesdienst bestimmten Zeit gestattet. Als Beschäftigungszeit freigegeben sind hiernach für Magdeburg die Tagesstunden von 7 bis 9, 11 bis 2 und 3 bis 8 Uhr.

— **Sonntagsfahrkarten nach dem Harz.** Vom 1. November d. J. sollen nach einem Schreiben, das die Eisenbahndirektion Magdeburg an den Vorsitzenden des Harzklub-Zweigvereins, Stadtrat v. Frankenberg in Braunschweig, gerichtet hat, an Stelle der bisherigen in Fortfall kommenden Sonderzugkarten von Braunschweig und Wolfenbüttel Sonntagskarten nach Thale und Gernrode zu den gleichen Preisen und den üblichen Bedingungen in der Weise ausgegeben werden, daß die Hin- und Rückfahrt beliebig nach und von einem der beiden Harzorte ausgeführt werden darf. —

— **Gefundenes.** Folgendes Verzeichnis der in der Zeit vom 17. bis 24. Oktober 1903 bei dem Polizei-Präsidium in Magdeburg als gefunden angemeldeten Gegenstände im Werte von mehr als 3 Mark wird amtlich veröffentlicht. Die Eigentümer haben sich zur Geltendmachung ihrer Rechte binnen Jahresfrist zu melden.

A. Im Fundbureau, Neue Ulrichstraße 4, Zimmer Nr. 61, Geschäftszeit 11—1 und 4—6 Uhr, aufbewahrt: 1 goldene Halskette mit Herz, 1 goldenes Armband mit 17 Smaragden, 1 Fensterputzleiter, 1 Portemonnaie mit 3,14 Mark.

B. In Verwahrung der Finder: 1 Tüllboa, Kaufmann Naumann, Königshofstr. 3, part. 1 silberne Zylinderuhr, Schüler Wudick, Schifferstr. 44. 1 gestreifte Hündin, Eisenbahnwächter Krause, Brauereistr. 6. 1 graues Umschlagetuch, Dreher Hartmann, Gartenstr. 7. 1 schwarzer Hund, Frau Baumhauer, Jakobikirchstr. 2, 2 Tr. Bares [illegible] (10 [illegible] Wagenführer Unterbeck, Friedenstr. 22. 1 goldene Damenuhr, Milchverkäufer Wiedener, Lüneburgerstr. 23. 1 Armband, Schülerin Pilz, Halberstädterstr. 52a, 1 brauner Teckel, Schüler Dschenfzig, Mittelstr. 26, 2 Tr. 1 schwarzes Damenjackett, Juwelier Günther, Alte Ulrichstr. 11. 1 Athletenanzug, Porzellandreher Rabe, Kl. Schulstr. 15, H. 3 Tr. 1 gold. Medaillon, Schuhmachermeister Eckardt, Schrotdorferstr. 17, 2 Tr. 1 Terrier, Schülerin Schröder, Bismarckstr. 5, 1 Tr. 1 Damenschirm, Schlosserlehrling Sontschek, Kl. Schulstr. 17. 1 grauer Sommerüberzieher mit Trauring, Kaufmann Hermann, Annastr. 33, 3 Tr. 1 Terrier (linkes Ohr schwarz), Bierhändler Pickler, Arndtstr. 17. 1 braune Pelzboa, Schüler Buch, Breiteweg 24, 4 Tr. 1 goldener Ring mit weißem Stein, Schuhmacherlehrling Lampe, Dreienbrezelstr. 2, 3 Tr. 1 schwarzer Teckel, Frau Urban, Trommelsberg 2, H. 2 Tr. 1 Trauring (M. B.), Arbeiterin Werkotsch, Hospitalstr. 7. 1 Damenuhr, Schülerin Wolters, Augustastr. 7, H. 2 Tr. 1 Damenschirm, Frau Schulz, Zschokkestr. 16, 2 Tr. 1 goldener Ring mit rotem Stein, Kaufmanns-Lehrling Kaufmann, Kronprinzenstr. 13, 2 Tr. 10 Pfund graue Tüten, Arbeiter Klingbeil, Michaelstr. 37, H. 2 Tr. 1 goldener Ohrring mit blauem Stein, Frau Zipprich, Knochenhauerufer 24. —

— **Gegen die Zeitungsbuden** sprach sich eine Versammlung des Handwerkermeister- und Gewerbe-Vereins in Buckau aus. Im Interesse der seßhaften Steuerzahler sei es nötig, daß die Kioske bald wieder verschwänden. —

— **Ueber Mangel an Zwei-, Fünf- und Zehnmarkstücken** wurde in der letzten Sitzung der hiesigen Handelskammer lebhaft Klage geführt. An den Minister wurde ein Gesuch gerichtet, eine vermehrte Prägung von Kronen vornehmen zu lassen. — Wir können uns aus zweierlei Gründen diesen Klagen nur anschließen. . . .

— **Das Magdeburger „Volks"gericht.** Als Geschworene sind zur siebenten Schwurgerichtsperiode einberufen:

1. Kaufmann und Stadtrat Wilhelm Arte zu Schönebeck; 2. Premierleutnant a. D. Albrecht von Alvensleben zu Erxleben; 3. Rittergutsbesitzer Fritz Brandt zu Woltersdorf; 4. Domänenpächter Konstantin v. Dietze zu Gottesgnaden; 5. Kaufmann Gustav Heise zu Neuhaldensleben; 6. Fabrikdirektor Karl Hubbe daselbst; 7. Landwirt Max Köhne zu Domersleben; 8. Postdirektor Ernst Lang zu Genthin; 9. Kaufmann Friedrich Lochau hier; 10. Kaufmann Richard Lutze hier; 11. Regierungsassessor Wilhelm v. Lumbius hier; 12. Kaufmann Albert Martin hier; 13. Kaufmann Martin Meuchner hier; 14. Kaufmann Rudolf Meyer hier; 15. Kaufmann Oskar Mayhöfer hier; 16 Kaufmann Hermann Morgenstern zu Groß-Salze; 17. Prokurist Karl Mühlmann hier; 18. Direktor Karl Nachster hier; 19. Kaufmann Richard Nagel hier; 20. Kaufmann Gustav Rahde hier; 21. Rittergutsbesitzer Hubert von Nathusius zu Gut Wahlitz; 22. Maschinen-Ingenieur Hermann Meßler hier; 23. Kaufmann Max Ohage hier; 24. Geldschrank-Fabrikant Albert Petzold hier; 25. Druckereibesitzer Karl Pormetter hier; 26. Fabrikant Anton Pumpel hier; 27. Gutsbesitzer Wilhelm Richter zu Zuchau; 28. Kaufmann und Holzhändler Hugo Schmidt zu Atzen; 29. Rittergutsbesitzer und Rittmeister a. D. von Schnehen zu Rützkow; 30. Oekonom Rudolf Schröder zu Ziepel. —

— **Vergrößerung der Kruppwerke.** Die Akt.-Ges. Fried. Krupp kaufte einem Telegramm des „Berl. Tagebl." zufolge bei Mörs einen Komplex Grabenfelder für rund 750 000 Mark zwecks Anlage einer Zeche „Norddeutschland". —

...burgs für die Woche vom 20. Septbr. bis 26. Septbr. war nach dem Bericht des hiesigen Statistischen Amts folgende: Geboren wurden 74 männliche, 48 weibliche, zusammen 122 Personen; totgeboren 2. Gestorben sind 45 männliche, 31 weibliche, zusammen 76 Personen, darunter an Diphtherie und Krupp 2. Die Zahl der Zugezogenen betrug 1449, die der Fortgezogenen 1144. Die Bevölkerungszahl am 26. September stellte sich folgendermaßen: Altstadt 92 314, Wilhelmstadt 25 854, Friedrichstadt mit Werder 9425, Sudenburg 31 674, Neustadt 47 991, Buckau 24 651, zusammen 231 909 Personen (115 303 männliche, 116 606 weibliche), gegen die Vorwoche mehr 349 Personen. —

— Was einem in Schönebeck passieren kann. Am Sonntag abend kam der Arbeiter Hermann Kühne aus Fermersleben mit der Bahn von Welsleben nach Schönebeck. Da dem K. unterwegs der Hut davongeflogen war, so machte er dem Stationsassistenten in Schönebeck davon Mitteilung. K. ging hierauf nach dem Wartesaal und wurde dort nach zirka ³/₄stündigem Verweilen zur Unterzeichnung des Protokolls vom Assistenten nach dessen Dienstzimmer beordert. Als K. zu lesen begann, wurde der Beamte unruhig und nahm dem K. das Schriftstück ohne Unterschrift wieder weg. Als K. dagegen intervenierte, wurde ihm das Lokal verwiesen. Draußen vor der Tür stand der Schutzmann Nr. 9, mit dem K. nun wegen einer unpassenden Aeußerung in Kollision geriet. Als das sich inzwischen angesammelte Publikum Partei für K. ergriff, ließ dieser eine Bemerkung fallen, die den Schutzmann derartig in Harnisch brachte, daß er den K. festnahm und zwar so, daß dem K. der Rock entzweigerissen wurde. Derartige unliebsame Vorkommnisse würden natürlich vermieden, wenn die Beamten etwas mehr Selbstbeherrschung und Ruhe dem Publikum gegenüber an den Tag legen würden. —

— Volks-Konzert. Das nächste Volks-Konzert findet am Mittwoch den 28. d. M. im „Fürstenhof" unter Leitung des Kapellmeisters Joseph Krug-Waldsee statt. —

— „Nachtasyl" zu ermäßigten Preisen! Erfreulicherweise wird Gorkis großes Werk „Nachtasyl" am Sonntag nachmittag zu ermäßigten Preisen gegeben. —

Provinz und Umgegend.

Fermersleben, 26. Oktober. (Seht die Wählerlisten ein.) Die Urwählerlisten liegen am **28., 29.** und **30. Oktober** zu jedermanns Einsicht im Gemeindebureau aus. Wer keine Zeit hat, bitte sich zu wenden an die Genossen Prüfer, Bethge und ebenso im „Gasthof zum goldenen Engel" (Inh. Emil Stiller), dort liegen Listen zum Einzeichnen bereit. —

Groß-Ottersleben, 25. Oktober. (Gemeindevertreter-Sitzung.) In der am Donnerstag den 22. Oktober cr. abgehaltenen Gemeindevertretersitzung wurde die Gemeindekassenrechnung für 1902 wie nachstehend vorgelegt und einer Revisionskommission überwiesen. Sodann wurde beschlossen, ein Darlehn von 30 000 Mark zur Deckung der laufenden hohen Ausgaben für Neuanlage der Chausseen nach Lemsdorf und Osterweddingen, Anlage des neuen Begräbnisplatzes 2c., bei der Kreissparkasse des Kreises Wanzleben aufzunehmen. Ferner wurden 350 Mark bewilligt zur Ausarbeitung von Projekten zur Anlage einer Kleinbahn eventuell Pferdebahn; mit der Bearbeitung wurde die bereits gewählte Kommission betraut.

Die Rechnung der Gemeinde Groß-Ottersleben pro 1902 weist folgende Posten auf: Einnahme (Anschlag 100 600,00) 137 477,44 Mark, Ausgabe (Anschlag 100 600,00) 129 563,42 Mark, Bestand am Jahresschluß 7934,02 Mark. —

Olvenstedt, 27. Oktober. (Konsum-Verein.) Am Mittwoch den 28. Oktober, abends 8 Uhr, findet für die Mitglieder des Konsum-Vereins eine Versammlung beim Gastwirt Schinke statt, zu der das Erscheinen sämtlicher Mitglieder notwendig ist. —

Westerhüsen, 27. Oktober. (Seht die **Wählerlisten** ein!) Die Urwählerlisten für die bevorstehenden Wahlen zum Abgeordnetenhause liegen

vom 28. bis 30. Oktober

im Gemeindebureau während der Dienststunden (vormittags von 8—12 und nachmittags von 2—6 Uhr) öffentlich zur Einsichtnahme für jedermann aus.

Etwaige Einwendungen gegen die Richtigkeit oder Vollständigkeit der Listen sind bei Vermeidung der Nichtberücksichtigung innerhalb drei Tagen nach Beginn der Auslegung schriftlich beim Ortsvorsteher anzubringen.

Urwähler sind nach § 8 der Wahlverordnung alle diejenigen der Ortseinwohner, welche

1. selbständige Preußen sind,
2. das 24. Lebensjahr vollendet haben,
3. sich im Vollbesitz der bürgerlichen Ehrenrechte befinden,
4. in hiesigem Orte seit mindestens 6 Monaten ihren Wohnsitz oder Aufenthalt haben, und
5. keine Armenunterstützung aus öffentlichen Mitteln erhalten.

Urwähler, die noch an andern Orten des preußischen Staats direkte Staatssteuern zahlen, haben, wenn sie deren Anrechnung in den Wählerlisten wünschen, ihre Entrichtung innerhalb der oben bezeichneten drei Tage schriftlich anzuzeigen und glaubwürdig nachzuweisen.

Wir ersuchen die Genossen, die Liste möglichst frühzeitig einzusehen, damit eine eventuelle Ergänzung möglich ist. —

△ **Altenplathow,** 26. Oktober. (Zufall oder Absicht?) Die Herbst-Kontrollversammlung ist für den **12. November** angesetzt, den Tag der Urwahlen zum Landtage. Bekanntlich wird auf den Kontrollversammlungen den Kontrollpflichtigen jedesmal eingeschärft, daß sie für diesen Tag den Militärgesetzen unterstehen und insbesondere sich der „Betätigung sozialdemokratischer Gesinnung zu enthalten" haben. Wir fragen: Weiß das Bezirkskommando in Burg nicht, daß an diesem Tage die Urwahlen stattfinden? Die Ansetzung dieses Tages bedeutet für einen großen Teil der Landtagswähler hiesiger Ortschaften einen direkten Eingriff in ihre bürgerlichen Rechte, als deren erstes die Ausübung des Wahlrechtes gilt. Will man den Arbeitern das elendeste aller Wahlsysteme auf solche Art noch weiter verelenden? Ungeheure Erbitterung muß es bei den zur Kontrolle gehenden Leuten erregen, wenn sie sich vergegenwärtigen, daß ihnen auf diese Art das Wahlrecht genommen wird und wahrlich, zur Begeisterung für den Militarismus trägt es nicht bei, trotz der schönen Worte, die dem Munde des kontrollführenden Hauptmanns entströmen werden. Auch für **Genthin** ist der 12. November als **Kontrolltag** angesetzt. —

Burg, 26. Oktober. (Großfeuer.) In dem nahegelegenen **Grabow** brannte heute nachmittag die dem Landwirt Huth gehörige, mit Erntevorräten gefüllte Scheune nebst Stallungen vollständig nieder. Die aus den Nachbardörfern herbeigerufene Feuerwehr konnte des Feuers nicht Herr werden und die Burger Feuerwehr kam zu spät. —

... (Von der Schulsparkasse.) Wie schon kurz berichtet, fand am 16. d. M. eine Besprechung der Beteiligten in dieser Sache statt. Am 25. d. M. tagte im „Feldschlößchen" eine öffentliche Versammlung, in der die von den Interessenten gewählte Kommission über ihre Tätigkeit in der Sparkassenangelegenheit Bericht gab. Die Kommission berichtet, daß sie nicht mit dem Rektor Eckart, sondern mit dem Bürgermeister hiesiger Stadt verhandelt hätte, welcher in zuvorkommender Weise versprochen, sich der Sache anzunehmen. Uebrigens sei die Beschlagnahme der vorhandenen Gelder, Bücher und Listen verfügt und der Rektor würde für das Fehlende zu haften haben. Wenn der Herr Bürgermeister also von etwas Fehlendem spricht, ist man wohl zu der Annahme berechtigt, daß „etwas faul im Staate Dänemark ist".

In der Diskussion wurde gesagt, daß Eckart kein Hauptbuch über die Spareinlagen geführt hätte, ebenso daß er eine Frau bestellt hätte behufs Entgegennahme ihres Geldes, sie aber, als sie dann erschienen, barsch angefahren hätte: Daß er jetzt keine Zeit habe usw.

Ferner soll der zweite Rektor zu den Kindern, die ihr Geld abheben wollten, gesagt haben, sie sollten sich ihr Geld richtig auszahlen lassen. Ob diese Aeußerung allgemein gemeint ist oder ob dieselbe Bezug hat auf verschiedene Fälle, wo den Kindern weniger Geld ausgezahlt worden sein soll, wie sie quittiert hatten, lassen wir dahingestellt. Des weiteren wurde gesagt, daß verschiedene Kinder veranlaßt worden seien, über Beträge zu quittieren, die erst einige Wochen später zur Auszahlung gekommen sind. Es sei — führte ein Redner ganz richtig an — ein solcher Fall eine Folge allzu großer Vertrauensseligkeit; man baue zu fest auf die Ehrlichkeit andrer, denn nur so sei es zu verstehen, wenn Leute, wie es vorgekommen ist, jahrelang ihr Sparkassenbuch nicht zu sehen bekamen. Letzteres sei aber wieder darauf zurückzuführen, daß manche Eltern zu wenig Zeit hätten, sich darum zu kümmern, ob die sauer verdienten Spargroschen auch richtig verwaltet würden.

Die Kommission teilte noch mit, daß die Angelegenheit dem Staatsanwalt übergeben worden ist und zwar von seiten der Behörde, worauf allgemeine Verwunderung darüber herrschte, daß Rektor Eckart noch im Amte ist! Ein Antrag, die Sache der Oeffentlichkeit zu unterbreiten, um so die maßgebende Stelle zu veranlassen, energischer vorzugehen, wurde angenommen. Die Untersuchung seitens der Staatsanwaltschaft wird lehren, ob in bezug auf die Sparkassenverwaltung des Herrn Rektors die Heineschen Worte passen:

Die Hilfsgelderkasse wurde geführt
Von wahren Christen und Frommen,
Erfahren hat nie die linke Hand
Wieviel die rechte genommen. —

Halberstadt, 26. Oktober. (Majestätsbeleidigung.) Wegen einer unbedachten Aeußerung über Wilhelm 2. wurde der Buchdruckereibesitzer Wilhelm Schulze aus Schwanebeck, 29 Jahre alt, zu 2 Monaten Festungshaft verurteilt. Derselbe ist von dem Friseur und Barbierherrn Gustav Dehne in Schwanebeck denunziert worden. —

Halberstadt, 27. Oktober. (Warnung!) Man schreibt uns: Seit einiger Zeit werden durch auswärtige Reisende, von Haus zu Haus gehend, meist unter der einschmeichelnden Bemerkung, zu der betreffenden Familie hin empfohlen zu sein, Aufträge auf photographische Vergrößerungen gesucht. Man sei hierbei vorsichtig, und erteilt man wirklich einen solchen Auftrag, so zahle man unter keinen Umständen früher als man seine Bestellung in Händen und sich von deren Ausführung überzeugt hat. —

Halberstadt, 26. Oktober. (Wieder ein Opfer der „Elektrischen".) Auf der Magdeburgerstraße wurde am Sonnabend nachmittag ein vierjähriges Mädchen überfahren. Das kleine Wesen wurde gräßlich verstümmelt unter dem Motorwagen hervorgezogen. Bei der ärztlichen Behandlung trat der Tod ein. Wem die Schuld an diesem Unglück trifft, ist mit Bestimmtheit nicht zu sagen. —

— (Schlägerei.) Auf der Huy-Chaussee entstand am Sonntag abend zwischen drei Radfahrern und den Gebrüdern Fuchs, Abdeckereibesitzer, eine arge Schlägerei. In rohester Weise schlugen die Gebrüder Fuchs auf die Radfahrer ein, so daß diese erhebliche Verletzungen davontrugen. Die rohen Patrone werden sich noch vor dem Richter zu verantworten haben. —

Osterode, 26. Oktober. (Wie der Staat den Agrariern unter die Arme greift.) Das dem Rittergutsbesitzer v. Decker-Boberstein gehörige, 812 Hektar große Rittergut Rauschken ist vom Fiskus für 480 000 Mark käuflich erworben worden und soll, der „Elb. Ztg." zufolge, zum 1. Juli 1904 in eine königliche Domäne umgewandelt werden. —

Staßfurt, 25. Oktober. (Die Volksvereinsfiliale) wird sich in ihrer Sitzung am Mittwoch neben andern wichtigen Gegenständen auch mit der Aufstellung der Wahlmannskandidaten zur Landtagswahl und nochmaliger letzter Besprechung über die Wahl beschäftigen. Guter Besuch ist daher erwünscht. —

Kleine Nachrichten aus dem Lande. Ihrem Leben ein Ende gemacht hat in Aschersleben in ihrer Wohnung Oberstraße 20 durch Erhängen die Witwe Johanne Krausberg. — 37 Jahre lang, seit dem 3. Juli 1866, hat der Salzsteueraufseher F. A. Wolschendorf in Staßfurt eine Kugel, die er in der Schlacht bei Königgrätz in den linken Unterarm erhielt, mit sich herumgeschleppt, bis sie vor kurzem in der Klinik zu Halle durch Professor Bramann entfernt wurde. — Ein junger, schon verheiratet gewesener Mann in Schönebeck hat sich eines schweren Sittlichkeitsvergehens schuldig gemacht. Als er verhaftet werden sollte, widersetzte er sich, so daß man ihn fesseln mußte, um ihn nach Magdeburg ins Gefängnis zu bringen. — Die Obduktion der Leiche des Bahnarbeiters O. Stübert in Stendal hat ergeben, daß der Tod des St. durch einen gewaltsamen Stoß, der das Herz zerriß und hierdurch innere Verblutung verursachte, eingetreten ist. Der Stoß ist anscheinend vom Puffer eines Eisenbahnwagens ausgegangen. —

Kleine Chronik.

Böswillige Beschädigung einer Wasserleitung durch Bauern.

Aus Rödlitz bei Glauchau in Sachsen wird berichtet, daß dort Landleute die Meßvorrichtungen und Schleusenstücke der von der Stadt Callnberg durch den Ort geführten Wasserleitung zerstört haben. Ein Gendarmerieaufgebot ist nach Rödlitz beordert worden. —

Schwerer Unfall im Zuschauerraum einer Radrennbahn.

Bei den in Mainz abgehaltenen Radrennen fuhr ein Motorzweirad, das einer andern Maschine ausweichen wollte, von der Bahn mitten in das Publikum hinein. Sechs Personen wurden so erheblich verletzt, daß sie in ein Krankenhaus gebracht werden mußten; die Rennen wurden sofort abgebrochen. Zwei Rennfahrer, denen die Schuld an dem Unfall beigemessen wird, sind in Haft genommen worden. —

Entsetzlicher Arbeiter-Unfall.

Der Essener „Volksztg." zufolge brach in Essen die von einem Schacht der Gewerkschaft Mathias Stinnes zur Ziegelei führende, zehn Meter über dem Erdboden befindliche Brücke ein, auf der sich fünfunddreißig Wagen und sieben jugendliche Arbeiter befanden. Bei dem Absturz einer Anzahl der Wagen wurde ein Arbeiter getötet, drei wurden schwer und drei leicht verletzt. —

München kein Capua!

In der ersten Bierstadt der Welt ist soeben ein „alkoholfreies Restaurant" eröffnet worden! Drei Korporationen, der Verein gegen den Mißbrauch geistiger Getränke, der Alkoholgegnerbund und die Loge der Guttempler, gründeten unter dem Vorsitz von Professor Dr. Max Gruber, Leiter des Hygienischen Instituts, den „Verein für Gründung alkoholfreier Restaurants". Das neue Restaurant soll „allgemeinen Anklang" finden. —

Opfer agrarischer Ausbeutung!

Am Freitag ereignete sich in St. Michaelis bei Freiberg i. S. ein schrecklicher Unglücksfall. Der 14jährige Schulknabe Zimmermann arbeitete nebst andern Kindern mit an der Dreschmaschine. Er warf von oben das Getreide auf die Maschine, als er plötzlich direkt in die Maschine stürzte und ihm der Kopf vom Rumpfe getrennt wurde. — Trotz der vielen vorkommenden Unglücksfälle werden immer wieder Kinder von den Gutsbesitzern bei solchen gefährlichen Arbeitern beschäftigt. Und trotz alledem dehnte man das Kinderschutzgesetz nicht auf die landwirtschaftlichen Betriebe aus! —

Kleine Tageschronik. Ueber eine aufsehenerregende Verhaftung meldet ein Telegramm aus Budapest: In der vergangenen Nacht wurde der leitende Direktor des Vergnügungslokals „Oesbudavar", Adolf Friedmann, auf Requisition der New-Yorker Behörde wegen Schädigung dortiger Gläubiger verhaftet. Friedmann hatte in New-York eine Verkaufshalle gegründet, durch deren Konkurs den Gläubigern ein enormer Verlust erwachsen war. — Beim Kentern eines Bootes auf der Warthe ertranken fünf Personen. — Der Geschäftsführer Haas der Filiale von Tack u. Co. in Wiesbaden wurde wegen bedeutender Unterschlagungen verhaftet. Er soll außerdem in ein Verfahren wegen Glückspiels verwickelt sein. — Der verhaftete Oberschweizer Thienel-Köslitz hat eingestanden, daß er seine Frau ermordet hat. — Die Absteifhölzer eines Deckengewölbes in einem Neubau der Speicherstraße in Graudenz brachen durch. Das Gewölbe stürzte ein und begrub drei Arbeiter unter sich. Einer wurde getötet, zwei wurden schwer verletzt. — Ein neuer Rekord ist bei der am Freitag ausgeführten Schnellfahrt Zossen-Marienfelde geschaffen worden; die Geschwindigkeit wurde von 201 auf 210 Kilometer in der Stunde erhöht. — In einer Ulmer Gastwirtschaft wurde eingebrochen. Als der Wirt den Räuber überraschte und verfolgte, schoß der Räuber den Wirt nieder. Eine auf den Gendarmen abgefeuerte Kugel prallte am Helm ab. Der Mörder konnte später verhaftet werden. — Wegen Wechselschiebereien ist, nach den „Dresd. Nachr.", die Inhaberin des Ateliers für Photographie und Porträtmalerei, Frau Milena verw. Höffert, in Dresden in Haft genommen worden. — Wegen seit Jahren betriebener Bankschwindeleien wurde die verwitwete Rentnerin Marie Lercher in Nürnberg verhaftet. Die Geschädigten sind meist kleine Leute, welche über 150 000 Mark verlieren. Die Lercher machte kürzlich einen Selbstmordversuch. — Die Würzburger Kriminalpolizei verhaftete in der vorgestrigen Nacht eine Einbrecherbande, zwei Männer und eine Frauensperson, die in Frankfurt a. M. einen großen Einbruch an Gold- und Silberwaren verübt hatten. Im Besitz der Einbrecher wurden Gold- und Silbersachen im Werte von etwa 15 000 Mark gefunden. Außerdem führten sie eine Menge fein gearbeiteter Einbrecherwerkzeuge sowie auf die verschiedensten Namen lautende Legitimationspapiere mit sich. —

Literarisches.

Von der **„Neuen Zeit"** (Stuttgart, Dietz' Verlag) ist soeben das 4. Heft des 22. Jahrgangs erschienen. Die „Neue Zeit" erscheint wöchentlich einmal und ist zum Preise von Mk. 3.25 pro Quartal zu beziehen. Das einzelne Heft kostet 25 Pfennig. —

Theosophischer Wegweiser, Monatsschrift zur Verbreitung einer höheren Weltanschauung und zur Verwirklichung der allgemeinen Menschenverbrüderung. Redigiert und herausgegeben von Artur Weber, Leipzig. Verlag und Expedition: Leipzig, Inselstraße 25. (Jährlich 5 Mark.) —

Vereine und Versammlungen.

Fabrik- und Landarbeiter.

Eine gut besuchte Mitgliederversammlung fand am Sonntag nachmittag in Bartels' Lokal statt. Zum ersten Punkt der Tagesordnung erstattet der Delegierte Bericht vom Gautag. In der sich anschließenden lebhaften Diskussion sprachen sich sämtliche Redner für Erneuerung der Magdeburger Anträge zum nächsten Verbandstage aus. Nachdem noch die Mißstände, die in verschiedenen Fabriken obwalten, kritisiert und die Wahl eines Hilfskassierers vollzogen war, trat Schluß der Versammlung um 7½ Uhr ein. —

Vereins-Kalender.

Arbeit.-Radfahr.-Ver. Magdeburg Abt. „Freiheit"-Altstadt. Jed. Mittwoch Zusammenkunft u. Saalfahren im „Dreikaiserbund". 699

Wasserstände.

+ bedeutet über — unter Null

Elbe.					Fall	Wuchs
Pardubitz	24. Oktbr.	+ 0.55	25. Oktbr.	+ 0.56	—	0.01
Brandeis	"	+ 0.50	"	+ 0.49	0.01	—
Melnik	"	+ 0.38	"	+ 0.32	0.06	—
Leitmeritz	"	+ 0.30	"	+ 0.23	0.07	—
Aussig	25. "	+ 0.68	26. "	+ 0.62	0.06	—
Dresden	"	— 0.74	"	— 0.85	0.11	—
Torgau	"	+ 1.55	"	+ 1.41	0.13	—
Wittenberg	"	—	"	+ 2.18	—	—
Roßlau	"	+ 1.74	"	+ 1.63	0.11	—
Barby	"	+ 1.94	"	+ 1.86	0.08	—
Schönebeck	"	—	"	+ 1.68	0.04	—
Magdeburg	26. "	+ 1.61	27. "	+ 1.57	0.04	—
Tangermünde	25. "	+ 2.31	26. "	—	—	—
Wittenberge	"	+ 1.71	"	+ 1.89	—	0.18
Breda-Dömitz	"	+ 1.05	"	+ 1.16	—	0.11
Lauenburg	"	+ 1.19	"	+ 1.26	—	0.07

Gewerkschafts-Kartell in Magdeburg. Am Donnerstag den 29. Oktbr., abends pünktlich 8½ Uhr, Versammlung in der „Bürgerhalle", Tarchenhauseruferstraße 27/28. Tagesordnung: 1. Mitteilungen des Sekretärs. 2. Wahl einer Herbergskommission. 3. Beschlußfassung über eine in diesem Winter vorzunehmende Arbeitslosenzählung. 4. Verschiedenes. —

Barleben. Barleben.

Sonntag den 1. November 1903, abends 8 Uhr im Schraderschen Lokale

öffentliche Gewerkschafts-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Genossen **Stolle** aus Stuttgart.
2. Verschiedenes.

Genossen, erscheint zahlreich in der Versammlung! Keiner fehle!

1095 Der Einberufer.

Halberstadt. Halberstadt.

Sozialdemokratischer Wahlverein.

Donnerstag den 29. Oktober, abends 8½ Uhr

Versammlung.

Vortrag:

„Kommunismus und sozialistisches Staatswesen."

Referent: Genosse **Gustav Haupt.**

Einen guten Besuch erwartet Der Vorstand.

Hohenzollernpark, Burg. 825

Heute Mittwoch zum Jahrmarkt, von 7 Uhr ab

Tanz bei Doppel-Orchester **Tanz.**

Freundlichst ladet ein **Otto Eicke.**

Die Neue Zeit

Wochenschrift der Deutschen Sozialdemokratie

bringt u. a. in **Nr. 4** nachstehendes:

K. Kautsky, Franz Mehring.
G. Ledebour, Soldatenschutzgesetze.
Jakob Vidnes (Christiania), Die Sozialdemokratie und die Storthingwahlen in Norwegen.
Th. Rothstein (London), Der Niedergang der britischen Industrie. III.
Literarische Rundschau. — Notizen.

Preis pro Nummer 25 Pfennig

einzeln zu haben in der

Buchhandlg. Volksstimme.

Grüne Armstr. 18b **Herm. Reuter** Grüne Armstr. 18b

Empfehle mein seit langen Jahren bestehendes

Zigarren- u. Zigaretten-

Spezial-Geschäft. 433

Keine Trustware. Keine Trustware.

Dr. Thompsons Seifenpulver

Marke Schwan

ist

billig bequem

sparsam

schont die Wäsche.

Genossen, Arbeiter u. Arbeiterinnen!

Berücksichtigt bei Euren Einkäufen die Inserate in heutiger Nummer! . . .

Beachten Sie den großen Verkauf

meiner reell angefertigten

Möbel, Spiegel u. Polsterwaren.

Das Lager soll bis zum 15. November d. J. wegen baulicher Veränderungen möglichst geräumt sein und verkaufe daher zu jedem annehmbaren Preise. 846

Meine in fünf großen Möbelspeichern befindlichen Möbel können auch des Abends besichtigt werden, da sich in diesen Räumen elektrisches Licht befindet.

Kaufzwang ausgeschlossen.

O. Putzmann

Tischlermeister

Gr. Steinernetischstrasse 19.

Soeben erschienen:

Hans Ostwald

Lieder aus dem Rinnstein

— Preis 1 Mk. —

Zu haben in der

Buchhandlung Volksstimme.

Därme-,

Leber- und Gewürz-Handlung von **H. Reich** Magdeburg

Fernsprecher 1226. Wilhelmstraße 15.

Geübte Zwickerinnen

für dauernde Beschäftigung sofort gesucht 1098

Filzfabrik R. Klütz, Inh.: Georg Ballin

Magdeburg-Neustadt, Verbindungsstraße 4.

Gewerkschafts-Sekretariat Magdeburg.

Große Münzstraße 1a.

Kostenlose Auskunft nur an Wochentagen mittags von 12—1, abends von 5—7 Uhr an organisierte Arbeiter in gewerblichen Streitigkeiten, Alters-, Invaliden-, Unfall- und Krankenversicherung, Gewerbeaufsicht, Vereins- und Versammlungsrecht sowie Arbeiterschutz. Vermittlung von Beschwerden an den Gewerbe-Inspektor. — Verbandsbuch legitimiert.

Städtische Arbeitsnachweisstelle

Magdeburg

unentgeltlich

Kostenlose Vermittelung von männlichen und weiblichen Arbeitskräften, sowie feinerem Personal nach hier und auswärts.

Fernsprechanschluß: Rathaus Nr. 2150—2155.

Geöffnet:

Männliche Abteilung: 8—12 Uhr vorm. und 3—6 Uhr nachm.
Weibliche „ 10—1 „ „ „ 4—7 „ „

Männliche Abteilung: Faßlochsberg 13, Hof rechts.
Weibliche Abteilung: Bei der Hauptwache Nr. 5.

Christentum und Sozialismus.

Eine religiöse Polemik zwischen Kaplan Hohoff und A. Bebel.

Preis 10 Pfg.

Worte und Taten des arbeiterfreundlichen Zentrums

von Gustav Hoch.

Preis 10 Pfg.

Zu beziehen durch uns und unsre Boten.

Buchhandlung Volksstimme, Magdeburg, Jakobstr. 49.

Schuhwaren extra billig 1076

in guter dauerhafter Ware, sowie aller Art Filz- u. Leder-Schuhwaren in größter Auswahl empfiehlt

E. Kaulfuss

Schuhwaren-Geschäft

Neue Neustadt, Lüttenstr. 4.

Hobelbänke sow. Werkzeuge, gute gebr. Sägebl. H. Bartel, Werftstr. 7.

Tinte (tiefschwarz) empfiehlt die Buchhdl. Volksstimme.

Goldschmiede-Arbeiten!

Verlobungsringe i. nur mass. Gold. Reparatur., Vergolden sauber und am billigsten bei

Max Arzt, Goldschmied

Alte Markt 17, am Denkmal.

Filz-Schnallenstiefel
Filz-Schnürstiefel
Filz-Schuhe
Filz-Pantoffel
auch 920
Filz-Sohlen

zum Einlegen wie zum Selbstunternähen, empfiehlt zu billigsten Preisen

W. Coors, Sudenburg

Halberstädterstraße 116.

Größtes Lager solidester, bester Schuhwaren aus den größten und leistungsfähigsten Fabriken.

Kartoffeln!

[illegible], à Ztr. 2 Mark, frei [illegible].

Striebing,

394 Gr. Diesdorferstr. 21.

Junge Kanarienhähne

diesjährige Zucht, hat zu verk.

G. Grafiat, Biere.

E. gut erh. Badewanne billig z. verk. Braunschweigerstr. 50, H. I

Küchenzettel der Magdeburger Volksküche Hauptwache 5.

Mittwoch: Mohrrüben mit Schweinefleisch.
Donnerstag: Erbsen mit Rindfleisch.
Freitag: Schmorkohl, Salzkartoffeln und Schweinebraten.
Sonnabend: Reissuppe m. Rindfleisch.

Die Frage der Taktik.

Reden der Abgeordneten **Bebel und v. Vollmar** auf dem Parteitage in Dresden . . .

Preis 20 Pfennig.

Zu haben in der

Buchhandlung Volksstimme.

Heute Mittwoch

Schlachtefest.

Sonnabend

Knoblauchswurst.

Meta Bohse 649

Neustadt, Neuhaldenslebenerstr. 20.

Mittwoch

Frische Wurst.

Sonnabend

Warme Knoblauchswurst und Pökelfleisch. 1102

E. Glaser, Immermannstr. 10.

Heute und morgen

Schlachtfest

bei **Gottfr. Huth**

434 Jakobsförder.

Lehrmädchen z. Damenschneid. ges. Frau Brandt, S., Helmstedterstr. 12 I.

Einen **geübten Zwicker** sucht

1055 **Wilh. Meyer.**

E. Wohnhaus in Gr.-Ottersleb. m. Garten, beste Lage i. Orte, sof. preiswert zu verk. Off. u. 428a d. Exp. d. Bl.

Anst. Logis Umfassungsstr. 15, v. I.

Pfand-Versteigerung.

Am Donnerstag, 29. Oktbr. d. J., von vormittags 9 Uhr ab, werde ich in meinem Geschäftslokale

Katharinenstr. 4, 1 Tr.

alle die im Dezember 1902 und Januar 1902 verpfändeten bezw. erneuerten, mithin verfallenen Pfänder

sub Nr. 5469 bis 7786

durch den vereidigten Auktionator Herrn **Biesenthal** öffentlich meistbietend versteigert werden.

Louis Lewy.

NB. Erneuerungen werden nur bis Mittwoch den 28. Oktober cr. abends angenommen. 37

Walhalla

Bernhard Mörbitz kommt!!

Nur noch einige Tage:

Singende Instrumente.

Stadt-Theater.

Mittwoch den 28. Oktober 1903.

Zu Vertretung.

Hierauf:

Die lieben Feinde.

Städtisches Orchester

Fürstenhof

Mittwoch den 28. Oktober abends 8 Uhr 1074

Grosses

Volkskonzert

Leitung: Kapellmeister Josef Krug-Waldsee.

— Eintrittskarten —

im Vorverkauf . . . 20 Pfg.
an der Abendkasse 30 Pfg.

Ehrenerklärung.

Die Beleidigung gegen den Musikmeister **Brüggemann** nehme ich zurück. 430

K. Wernecke.

Am Montag früh 4 Uhr starb nach kurzem aber schwerem Leiden unser innigstgeliebter Sohn und Bruder **Otto** im 4. Lebensjahre. Dies zeigen tiefbetrübt an 432

Heinrich Rumohr und Frau.

Die Beerdigung findet Donnerstag nachmittag ¼4 Uhr vom Westfriedhof aus statt.

Standesamt.

Magdeburg, 26. Oktober.

Aufgebote: Grubenarbeiter Wilhelm Czech in Ruda mit Anna Marie Hedwig Eisfeld in Staßfurt. Feuerwerks-Hauptmann Heinrich Christ. Franz Karl Streater in [illegible] mit Marie Wilhelmine Theodore Friederike Spamer in Dessau. Post-Assistent Oskar Ernst Nagel in Staßfurt mit Wilhelmine Müller in Gr.-Salze. Kaufm. Beamter Gustav Gombart hier mit Margarete Andres in Diedenhofen. Kolonist Karl Friedrich Ad. Katolla mit Anna Rogalla in Kaulbruch.

Eheschließungen: Schmied Hermann Krisch mit Witwe Emma Günther geb. Klung. Eisendreher Jul. Merker mit Minna Eckert. Präbendat Ed. Hesselbarth mit Witwe Dorothee Matthias geb. Venus.

Geburten: Johanna, T. des Brennmeisters Gottl. Kott. Annita, T. des Ziegeleiarbeiters Alb. Bock. Elfriede, T. des Landwirts Friedr. Butz. Friedrich, S. des Kutschers Friedrich Wiese. Hermann, S. des Mechanikers Hermann Dähne.

Todesfälle: August Hennig, Schuhmacher, 60 J. 6 M. 2 T. Heinrich Paul, Privatkrankenwärter, 54 J. 11 M. 2 T. Marie Wolff, unverehelicht, 19 J. 4 M. 24 T. Alfred, S. des Kutschers Alfred Hennings, 1 M. 25 T. Christ. Boesche, Wurstverkäufer, 47 J. 10 M. 22 T. Anna geb. Südekum, Ehefrau des Schuhmachermeisters Karl Plage, 38 J. 6 M. 24 T. Karl, S. unehelich, 9 M. 8 T. Gertrud, T. unehelich, 2 M. 25 T. Otto, S. des Schneiders Heinrich Rumohr, 3 J. 7 M. 22 T. Marianne, T. des Kaufmanns Albinus Müller, 2 J. 8 M. 19 T. Hermann Orlemünde, Schriftsetzer-Invalide, 24 J. 7 M. 24 T.

Totgeburt: T. des Maschinenschlossers Friedrich Heine.

Sudenburg, 26. Oktober.

Geburten: Arno, S. des Arbeiters Leopold Gallrein. Ida Olga Emma, T. unehelich. Martha, T. des Arbeiters Richard Born. Erwin, S. des Schlossers Gustav Kleemann. Friedrich, S. des Arbeiters Friedrich Sießhoff.

Todesfälle: Johannes Dymek, Handelsmann, 60 J. Karl Mühlenhoff, Privatmann, 88 J. 4 M. 8 T. Martha, T. des Arbeiters Adalb. Walzak, 1 M. Wilhelm, S. des Handelsmanns Gustav Löhr, 1 J. 15 T. Charlotte, T. des Arbeiters Karl Drechsler, 2 J. 6 M. 14 T.

Buckau, 26. Oktober.

Geburten: Luise, T. des Schlossers Gustav Werner. Hermann, S. des Hilfsbremsers Herm. Kapernick. Hans, S. des Technikers August Rieschel.

Todesfälle: Marie geb. Reinecke, Ehefrau des Arbeiter-Invaliden Andr. Nordt, 72 J. 3 M. 1 T. Konrad, S. des Gärtners Franz Lemmel, 6 J. 7 T. Josephine geb. Redemann, Ehefrau des Weichenstellers a. D. Karl Loof, 66 J. 6 M. 19 T.

Neustadt, 26. Oktober.

Aufgebot: Schuhmacher Ernst Friedrich Leps mit Hermine Ida Moring.

Eheschließungen: Schlosser Otto Rose mit Luise Hörnecke. Böttcher Otto Bernau mit Emma Schwarzenauer.

Geburten: Hans Artur Franz, S. unehelich. Erich u. Lucie, Zw.-K. des Arbeiters Friedrich Heuer.

Todesfälle: Arbeiter Herm. Bock, 39 J. 11 M. 25 T. Arbeiter Karl Feldheim, 51 J. 6 M. 2 T. Helene, T. des Straßenbahnschaffners Alb. Müller, 1 M. 29 T. Brauereiarbeiter Franz Sibilski, 58 J. 6 M. 26 T.

Aschersleben.

Aufgebot: Schlosser Wilhelm Henniger mit Anna Männecke.

Geburten: T. des Tapeziers Otto Kühne. T. des Pastors Friedr. Jahr.

Todesfälle: Pens. Briefstr. August Hohmann, 41 J. 2 T. Ww. Johanna Krausberg geb. Brankin, 54 J. 6 M. 1 T. Paul, S. des Schlossers Karl Finger, 11 M. 11 T.

Burg, 26. Oktober

Aufgebot: Vergolder Paul Karl August Schumacher mit Ida Martha Bock.

Geburten: S. des Handschuhmachers Friedrich Schulz. T. des Ackerbürgers Wilhelm Geßler.

Todesfälle: Ehefrau des Privatmanns Robert Ihlau, Pauline geb. Giese, 41 J. Emmi, T. des Poliers Otto Kaschube, 8 M. Weißgerber Richard Zimmermann, 18 J. Fritz Kilz, 7 M. Luise geb. Reissig, Ehefrau des Tischlermeisters Hermann Peters, 50 J.

Schönebeck.

Aufgebote: Schiffer Gustav Heinrich in Frohse mit Ida Tietzel hier. Schlosser Ernst Rich. Koltzsch mit Martha Ida Emma Franke in Magdeburg. Arbeiter Franz von Schada Borsyszkowski hier mit Euphrosyne Pokorra in Güsten. Fabrikarbeiter Louis Geißler mit Witwe Anna Saube geb. Gercken hier.

Geburten: Anna, T. des Arb. Karl Wöllert. Martha, T. des Fabrikarbeiters Aug. Kuhne. Otto, S. des Rangiermeisters Karl Leps. Lisbeth, unehelich.

Todesfall: Kaufm. Theodor Eisenhauer 58 J.

Franz Joseph empfing Montag vormittag in Wien den Grafen Stephan Tisza in Audienz und betraute ihn mit der Kabinettsbildung. — Nachrichten aus Uesküb zufolge wurde mit der Entlassung der sechs Redifbataillone 2. Klasse (früher Jlawe) in Uesküb, Kratowa, Kotschana und Köprülü und zweier albanesischer Bataillone begonnen.

Landtagswahlbewegung.

* **Zur Wahlbewegung in Berlin.** In einer Wahlversammlung, die gestern abend in der Tonhalle in Berlin abgehalten wurde, sprach Pfarrer Naumann über die preußischen Landtagswahlen. Dr. Barth forderte die linksstehenden Parteien auf, sich zu einem Kartell zusammenzuschließen und mit allen Kräften für die Abschaffung des Dreiklassenwahlsystems zu kämpfen. Die Versammlung beschloß, nur solchen Wahlmännern ihre Stimmen zu geben, die sich verpflichten, Abgeordnete zu wählen, die für Abschaffung des Dreiklassenwahlsystems eintreten.

Recht interessante Angaben finden wir heute in der „Magd. Ztg.“: Die heute vom Magistrat veröffentlichte Uebersicht der Urwahlbezirke und der für jeden ermittelten Abteilungsgrenzen für die vier Berliner Landtagswahlbezirke zeigt wieder einmal deutlich die sonderbaren Folgen, welche die vor zehn Jahren eingeführte Drittelung für jeden einzelnen Urwahlbezirk zeitigt. Im 30. Urwahlbezirk, der den Pariser Platz mit den angrenzenden Teilen der Straße Unter den den Linden, sowie einige Häuser in der Wilhelmstraße, der Königgrätzer- und der Sonnenstraße umfaßt, muß ein Wähler erster Abteilung mindestens 216 273,80 Mark, ein Wähler zweiter Abteilung mindestens 18 623,60 Mark Steuern zahlen. In diesem Bezirke sind die Staatsminister Studt und Frhr. v. Hammerstein Urwähler; wenn diese nicht in der glücklichen Lage sind, mehr als die Hälfte ihres Ministergehaltes an Steuern zu verausgaben, so sind sie Urwähler dritter Abteilung. Im 81. Urwahlbezirk (Tiergartenviertel) muß ein Wähler erster Abteilung mindestens 171 996,90 Mark Steuern bezahlen, im 32. Urwahlbezirk (Umgebung des Gendarmenmarktes) mindestens 150 217,70 Mark, im 20. Urwahlbezirk (Leipziger Platz, Leipzigerstraße, Voßstraße, Königgrätzer- und Wilhelmstraße) mindestens 118 144,10 Mark zahlen. Zu den Urwählern des letztgenannten Bezirks gehören die Minister Möller und v. Podbielski; die zweite Abteilung endet mit einem Steuersatze von 8788,20 Mark. In dem benachbarten 21. Urwahlbezirk kann man zwar schon mit 62 180,20 Mark Wähler erster, aber erst mit 12 393,30 Mark Wähler zweiter Abteilung werden. In diesem Bezirk wohnen u. a. der Reichskanzler, der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, der Justizminister und der Minister der öffentlichen Arbeiten.

Die obengenannten vier Urwahlbezirke, die von den Wählern erster Abteilung einen Steuerbetrag von 118 144 bis 216 273 Mark verlangen, gehören sämtlich zum ersten Landtagswahlbezirk. In den übrigen drei Wahlbezirken ist man bescheidener. Nur ein Urwahlbezirk im Nordosten (Prenzlauer Allee, Lothringerstraße) macht die Beteiligung in der ersten Abteilung von einem Steuerbetrage von 97 139 Mark abhängig, in allen andren reichen erheblich geringere Beträge aus. So gibt es in diesen drei Landtagswahlbezirken eine Reihe Urwahlbezirke, in denen zur Wahlberechtigung in der ersten Abteilung ein Steuerbetrag von 18 Mark und für die zweite Abteilung ein solcher von 12 Mark genügt. Aber auch der erste Landtagswahlbezirk hat einen Urwahlbezirk vor dem Hallischen Tore, in dem man mit 102 Mark Steuern in der ersten und mit 18 Mark in der zweiten Abteilung wählen kann.

Vor fünf Jahren gab es in Berlin übrigens Urwahlbezirke, in denen schon mit 12 Mark Steuern in der ersten und mit 6 oder gar 4 Mark in der zweiten Abteilung gewählt werden konnte. Diese sind jetzt verschwunden, weil auf Betreiben der Sozialdemokratie mittlerweile die **Erhebung von Steuern für Einkommen von 600 bis 900 Mark aufgehoben worden ist** und alle diese Steuerpflichtigen in die Reihe der sogen. Dreimarkmänner, d. h. der mit dem fingierten Satz von 3 Mark eingetragenen Wahlberechtigten, übergegangen sind. — Die „Dreimarkmänner“ dürfen nicht in die zweite Abteilung aufgenommen werden, und so haben sich [illegible] Sozialdemokraten mit ihrer Agitation auf die Beseitigung der [illegible]steuer von 4 Mark in das eigne Fleisch geschnitten.“ [illegible]eit die „Magd. Ztg.“. Die Magdeburgerin ist wieder einmal [illegible]ch naiv. Natürlich ist es den armen Leuten mit weniger wie [illegible]t Einkommen lieb, daß sie keine Steuern zu zahlen brauchen, [illegible] sie vielleicht einmal den „Vorzug“ genießen, Wähler der [illegible]Abteilung zu werden. —

[illegible]albe-Aschersleben, 27. Oktober. (Der tapfere Frei[illegible].) Die in Güsten stattgehabte Versammlung der „entschieden [illegible]alen“ Parteien des Wahlkreises Calbe-Aschersleben-Quedlinburg [illegible]de von dem Vorsitzenden des freisinnigen Kreisvereins, Herrn [illegible]r. Pfeil-Schneider-Schönebeck, geleitet und war von Mitgliedern aus Aschersleben, Quedlinburg, Staßfurt, Schönebeck und Calbe besucht. Von der Aufstellung eines freisinnigen oder auch nationalliberalen Kandidaten wurde, obwohl von freisinniger und nationalliberaler Seite dazu angeregt worden war, nach längerer Besprechung abgesehen. — Eugens Erfolg! Mit den Reaktionären — gegen die Sozialdemokraten! Das ist des „Freisinns“ höchster Triumph! —

Soziales.

Die Notwendigkeit einer Ausdehnung des Heilverfahrens der Landesversicherungsanstalten wird — so schreibt treffend die „Deutsche Krankenkassenzeitung“ — besonders durch die betrübende Tatsache bewiesen, daß die Tuberkulose in so erschrecklich hohem Maße die Ursache der Invalidität der Versicherten ist. Eine möglichst frühzeitige Entdeckung und sofortige Behandlung der Tuberkulösen würde den Landesversicherungsanstalten große Summen an Invalidenrenten ersparen lassen. Nach einer für die Jahre 1895 bis Ende 1899 im Reichsversicherungsamt bearbeiteten, insgesamt 315 089 Rentenempfänger umfassenden Statistik der Invaliditätsursachen nimmt von 28 verschiedenen Invaliditätsursachen die Tuberkulose der Lungen bei Männern die dritte, bei Frauen die zweite Stelle ein. Es leidet von allen männlichen Arbeitern aus dem Bergbau und Hüttenwesen, Industrie und Bauwesen, die bis zum Alter von 35 Jahren invalide werden, mehr als die Hälfte (im Alter von 20 bis 24 Jahren sogar beinahe zwei drittel) an Lungentuberkulose; ebenso ungünstig ist das Verhältnis bei weiblichen Rentenempfängern der gleichen Berufsklassen im Alter von 20 bis 24 Jahren, während in den Altern von 25 bis 29 Jahren bei nahezu der Hälfte (47 Prozent) und in den Altern von 30 bis 34 Jahren noch bei 37 Prozent aller invaliden Frauen aus diesen Berufsklassen die Invalidität auf Lungentuberkulose zurückzuführen ist. Arbeiter der Land- und Forstwirtschaft werden zwar seltener infolge dieser Krankheit invalide; immerhin entfallen noch mehr als 37 Tuberkulöse auf 100 männliche Rentenempfänger der ländlichen Berufe im Alter von 20 bis 24 Jahren. Für die Versicherten im Handel und Verkehr stellt sich bei männlichen Arbeitern im Alter von 20 bis 30 Jahren das Verhältnis so, daß mehr als die Hälfte aller Invaliditätsfälle auf Lungentuberkulose beruht, während mindestens der vierte Teil aller 20 bis 30 Jahre alten invaliden Frauen aus häuslichen Diensten tuberkulös ist. —

Der Kampf um das Majorat.

(Kindesunterschiebungs-Prozeß der Gräfin Kwilecka und Genossen.)

a. Berlin, 26. Oktober 1903.

Der romantisch-sensationelle Prozeß gegen Gräfin Kwilecka und Genossen wegen Kindesunterschiebung und wissentlichen Meineides wurde heute vor dem Schwurgericht des Landgerichts I unter starkem Andrange eines „gewählten“ Herren- und Damenpublikums begonnen.

Die Gräfin soll die in Berlin am 27. Januar 1897 erfolgte Entbindung von einem Sohne vorgespiegelt haben, um sich das stark verschuldete Majorat zu sichern und um Kredit zu haben. Für die Verhandlung sind vierzehn Tage in Aussicht genommen. Zweihundert der deutschen Sprache teilweise unkundige Zeugen sind geladen. Die Angeklagte Gräfin Isabella Kwilecka bestritt entschieden ihre Schuld. Sie behauptete, trotz ihrer 51 Jahre, unglücklicher Ehe und sonstiger Verdachtsgründe, die eine Entbindung unwahrscheinlich erscheinen lassen, einen natürlichen Sohn namens Joseph Adolf Stanislaus zu besitzen. Letzterer ist als Zeuge anwesend; er soll der Sohn einer Weichenstellerfrau Cäcilie Meyer aus Lipine (Oesterr.-Schl.) sein, die den kleinen Grafen als ihr Kind reklamiert. Sie will es vor ihrer Verheiratung geboren haben. Der Vater sei Hauptmann im 20. österreichischen Infanterieregiment und heiße angeblich Felix Ritter v. Ziegler. Unter den Zeugen befindet sich ferner das Haupt der Agnaten, die Anspruch auf das Majorat erheben, Graf Micislaus Kwilecki, Mitglied des Herrenhauses, und dessen Sohn Graf Hektor. Die Vernehmung der Gräfin Kwilecki wurde in der heutigen Sitzung im wesentlichen zu Ende geführt. Die mitangeklagte 78jährige Dienstmagd Josepha Knoska wurde auf Antrag des Ersten Staatsanwalts wegen Fluchtverdachts und Verdunklungsgefahr verhaftet.

Der Vorsitzende hält der Gräfin vor, die Entbindung geheuchelt zu haben. Sie sei ja mit ihrem Manne gar nicht zusammen gewesen. „O, bitte, mein Mann ist sehr gesund und war gerade damals sehr lieb zu mir“, antwortet sie. Im Volke habe man nicht geglaubt, daß sie guter Hoffnung sei. Es habe immer geheißen: „Wenn nicht die Gräfin in Posen auf offenem Markte entbunden wird, glauben wir nicht daran.“ Die alte Matrone Andruzewska sagte, die ganze Geschichte der Schwangerschaft der Gräfin sei eitel Komödie. Die Gräfin habe allerlei Kunstgriffe angewandt, um ihrem Aeußern einen „schwangeren Anstrich“ zu geben. Die Gräfin habe ihr (der Matrone) auch oft gesagt, sie solle ihr einen zum Januar 1897 neugeborenen Knaben mit schwarzen Augen und dunklem Haar besorgen. Für einen Pack Hundertmarkscheine sei sie zu einer Hebamme gegangen und diese habe ihr ein Kind ausfindig gemacht und dieses der Gräfin gebracht. Zur Entbindungskomödie dienten mehrere Flaschen Schweineblut.

Die alte Matrone, die inzwischen verstorben ist, hat dies alles dem Propst gebeichtet. Der kleine Knabe ist anwesend, sieht sehr reizend aus und ist ganz in elegantes Weiß gekleidet. — In der Anklage wird behauptet, der Graf habe der Gräfin in Paris einen künstlichen Leib vom Bandagisten machen lassen. Ebenso habe die Gräfin in Paris schon versucht, von einer Hebamme ein schwarzäugiges Kind zu erhalten. — Auf die Frage des Verteidigers, ob sie hätte verhungern müssen, wenn sie das Kind und damit das Majorat *) nicht erhalten hätte, antwortet die Angeklagte mitleidig lächelnd mit nein. Ihr Gut bringe über 80 000 Mark Pacht. Es kommt noch zur Sprache, daß der Graf der Gräfin ein Anerbieten habe machen lassen, ins Ausland zu gehen, damit der Skandal beendet würde. —

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 27. Oktober 1903.

— **Die Abteilungslisten,** in denen die Landtagswähler bezirksweise nach den drei Steuerklassen rubriziert sind, befinden sich seit heute in den Händen des sozialdemokratischen Wahlkomitees. Das Abschreiben derselben ist mit einem Kostenaufwand von 484,75 Mark verknüpft gewesen. Bei unsern Einnahmen können wir uns das leisten. —

— **„Erster deutscher Arbeiterkongreß.“** Man weiß nicht: Ist es Dummheit oder Impertinenz der bürgerlichen Presse, daß sie die Verhandlungen der christlichen Nacharbeiter in Frankfurt unter der Rubrik: „Erster deutscher Arbeiterkongreß“ bringen! Sollten diese Blätter wirklich nicht wissen, wie oft bereits ein Gewerkschaftskongreß stattgefunden hat, der über eine halbe Million organisierter deutscher Arbeiter repräsentierte? Oder rechnet man nur die unter die deutschen Arbeiter, die wie in Frankfurt, sich am Gängelbande der Pfaffen und Arbeiterfeinde führen lassen? Für den „General-Anzeiger“, der ebenfalls demonstrativ diese Ueberschrift bringt, würde sich das besonders gut ausnehmen, zumal wenn man bedenkt, daß er nur von Arbeitergroschen lebt. Wie gesagt, die Frage bleibt unbeantwortet: Dummheit oder Impertinenz?

Selbst die bürgerliche „Frankf. Ztg.“ sieht sich genötigt, dazu folgendes zu schreiben: Heute und morgen tagt hier ein Arbeiterkongreß, der sich offiziell „Erster deutscher Arbeiterkongreß“ nennt. Dieser Titel ist jedoch nicht ganz zutreffend. Die Kongresse der sogenannten freien Gewerkschaften, deren es schon eine Reihe gibt, sind wohl auch Arbeiterkongresse, sogar deutsche, sodaß man diesen nicht den ersten nennen kann. Es ist auch nicht der erste Arbeiterkongreß, auf dem sozialdemokratische Vertreter fehlen, denn man zählt bereits eine Anzahl christlicher Gewerkschaftskongresse. Also sagen wir einfach: Arbeiterkongreß. Das ist er, obzwar „sozialdemokratische“ und Hirsch-Dunckersche Gewerkvereine hier nicht vertreten sind. Er ist es, da nur Arbeiter und von Arbeitern Angestellte auf dem Kongresse stimmberechtigt sein sollen. Die Delegierten vertreten: a) christliche Gewerkschaften, b) sonstige Berufsvereine, darunter Eisenbahnerverbände, Deutschnationaler Handlungsgehilfen-Verband usw., c) evangelische Arbeitervereine, d) katholische Arbeitervereine. —

— **Der verschlechterte Winterfahrplan.** Die Eisenbahndirektion hat den Entwurf des am 1. Oktober d. J. in Kraft getretenen Winterfahrplans für den Eisenbahndirektionsbezirk Magdeburg der hiesigen Handelskammer übersandt. Wie sich daraus ersehen läßt, haben die Zugverbindungen Magdeburgs keine Verbesserung erfahren. Keiner der von der Kammer vertretenen Wünsche ist erfüllt worden, insbesondere ist den Anträgen auf Schaffung guter neuer Verbindungen zwischen Magdeburg und Berlin und Hamburg nicht stattgegeben worden. Besonders bedauerlich ist, daß der seit 1. Mai d. J. über Magdeburg bis Berlin durchgeführte Schnellzug 37 (7.29 abends ab Halberstadt, 8.24 an Magdeburg, 10.35 an Berlin), der eine gute Abendschnellzugverbindung nach Berlin bildet, im nächsten Winter nur noch zwischen Halberstadt und Magdeburg verkehren wird.

Die Kammer nahm daraus Veranlassung, dem Minister der öffentlichen Arbeiten die Bitte zu unterbreiten, es möchte der Schnellzug 37 in der gleichen Weise wie jetzt von Magdeburg nach Berlin weitergeführt werden. Die Handelskammer zu Halberstadt hat diese Eingabe bereitwilligst unterstützt. Auf diese Eingabe wurde der Kammer der Bescheid, dafür sei ein „Bedürfnis nicht anzuerkennen, da die am Nachmittag zwischen Magdeburg und Berlin verkehrenden Schnellzüge D 31, 29 und 33 für den in Frage kommenden Verkehr vollständig ausreichen und nicht derart besetzt sind, daß die Einlegung noch eines vierten Zuges gerechtfertigt werden könnte.“

Zwischen 8.24 vormittags und 3.59 nachmittags verkehrt kein Schnellzug von Magdeburg (über Potsdam) nach Berlin. Der 12.31 von Magdeburg nach Berlin gehende Zug ist ein Personenzug, der eine Fahrtdauer von 3 Stunden 5 Minuten hat und erst 3.36 in Berlin eintrifft, also zu einer Zeit, wo es für die Abwicklung von Geschäften meistens bereits zu spät ist.

Aehnlich liegen die Verhältnisse für die Fahrt von Berlin nach Magdeburg. Zwischen 12.55 und 7.30, also während des ganzen Nachmittags verkehrt kein Schnellzug. Die Schaffung eines Schnellzugpaares ab Magdeburg um die Mittagszeit, ab Berlin zwischen 3—5 Uhr nachmittags wäre daher sehr wünschenswert.

Was die Abendverbindung Magdeburgs mit Hamburg anlangt, so geht nach Hamburg der letzte einigermaßen brauchbare Zug abends 6.16 ab, und von Hamburg nach Magdeburg (da der Zug 6.18 abends, der 5½ Stunden Fahrzeit hat, kaum mitgezählt werden kann), kommt nur der Zug 4.43 nachmittags in Betracht. Die Einlegung eines Schnellzuges ab Hamburg 8.00 bis 8.30 abends an Magdeburg etwa 12 Uhr und eines Abendgegenschnellzuges würde dem abhelfen.

Die Handelskammer beschloß deshalb, beim Bezirkseisenbahnrat zu Magdeburg die Einlegung je eines Schnellzugpaares für den Verkehr Magdeburgs mit Berlin und mit Hamburg zu beantragen. —

— **Für 5 Mark ein Sprung in die Elbe.** Einen kühnen Sprung machte der Arbeiter Richard Echt hier in der Morgendämmerung des 8. August d. J. Er hatte mit Freunden die Nacht durchgekneipt und ging mit ihnen zur Abkühlung an der Königsbrücke spazieren. Um seine Nüchternheit zu betätigen, kletterte er an den Geländern der Brücke umher und sprang schließlich, als sich Publikum angesammelt hatte, mit einem gewaltigen Satze in die Elbe, was die Leute glauben machte, Echt wolle sich das Leben nehmen. Das hiesige Schöffengericht ahndete den groben Unfug mit 5 Mark Geldstrafe. —

— **Von Krämpfen befallen** wurde heute Dienstag vormittag gegen 11 Uhr in Buckau auf der Schönebeckerstraße der Arbeiter Barotke, wohnhaft Viktoriastraße 7. Die Sanitätswache Buckau schaffte den Bedauernswerten mittels Krankenwagens nach dem Sudenburger Krankenhause. —

Gerichts-Zeitung.

Landgericht Magdeburg.

Sitzung vom 26. Oktober 1903.

Gefährliche Körperverletzung. Der Maurer Valentin Oleszak aus Zegrowo, geboren 1885, hatte am 21. Juni d. J. abends auf dem Wege von Druxberge nach Drakenstedt einen Wortwechsel mit dem Arbeiter Klatt. Aufgebracht darüber ergriff Oleszak ein Latrenstück und schlug Klatt damit von hinten auf den Kopf. Der Angeklagte erhielt wegen gefährlicher Körperverletzung 9 Monate Gefängnis. —

Wegen eines Diebstahls wurde das Schulmädchen Marie Tauer zu Aken, geboren 1890, zu einem Verweis verurteilt. Von der Anklage eines zweiten schweren Diebstahls erfolgte Freisprechung. —

Letzte Nachrichten.

(„Herold“, Depeschen-Bureau.)

Frankfurt a. M., 27. Oktober. Die „Frankf. Ztg.“ meldet aus Nürnberg: Eine massenhaft besuchte Arbeiterversammlung beschloß, nach einem Referate des Arbeitersekretärs Dorn, gegen den vom Magistrat angeordneten Modus der Abstimmung über die von den Gewerkschaften beantragte Einführung einer allgemeinen Ortskrankenkasse Beschwerde bei der Regierung zu ergreifen und falls erfolglos sich an der Abstimmung nicht zu beteiligen. —

London, 27. Oktober. Gestern wurde hier der jährliche Kongreß des „Verbandes für Arbeiter-Freiheit“ eröffnet. Dieser Verband ist eine Gegenorganisation zur „Trade Union“; die Zahl der Mitglieder beläuft sich auf über eine halbe Million, im letzten Jahre sind 41 000 Mitglieder hinzugetreten. —

Barcelona, 27. Oktober. Gestern Abend fand zu Ehren der fremden Arbeiter-Delegierten ein Festbankett statt. Es ist unrichtig, daß Unruhen ausgebrochen seien. —

— Der Franzose Bernarde wurde verhaftet, weil er in einem Kaffehause „aufrührerische Schriften“ verteilt hatte. Er wurde dem französischen Konsulate, behufs Einleitung weiterer Schritte übergeben.

London, 27. Oktober. Ein Telegramm aus Kapstadt bringt auszugsweise einen Artikel der South Africa News, welcher ebenso großes Aufsehen erregen dürfte, wie seinerzeit die Enthüllungen über die Konzentrationslager. Es heißt, daß die Buren-Bevölkerung in beiden Kolonien dem Hungertode nahe sei. Die Familien, welche früher reich und wohlhabend waren, sind jetzt auf Almosen angewiesen. Die Mehrzahl der Familien hat keine Häuser mehr, sie sind gezwungen, Pferde und Maulesel zu schlachten. Krankheiten fordern große Opfer unter der Bevölkerung. Die Regierung, anstatt Hilfe zu bringen, veröffentliche Berichte, worin versichert wird, daß die Bevölkerung sich loyal verhalte und die Lage befriedigend sei. —

Paris, 27. Oktober. Infolge der Demonstrationen vor dem „Matin“, welche durch ein Preisjuchen nach Geld hervorgerufen waren, hat der Polizeiminister derartige Veranstaltungen verboten. —

Korneuburg, 27. Oktober. Auf dem Schießplatze des hier stationierten Eisenbahn- und Telegraphen-Regimentes ereignete sich beim Einschießen reparierter Manlicher-Gewehr ein schwerer Unfall. Durch Selbstentladung eines scharf geladenen Gewehrs wurde ein Soldat getötet, einer lebensgefährlich verletzt. Der Hauptmann, der das Schießen leitete, erhielt einen Scharfschuß. —

Paris, 27. Oktober. (Eigen. Drahtber.) In einem Hotel des Boulevard „Poissonniere“ wurde der Hauptschuldige in dem 3 Millionen-Diebstahl, der vor einiger Zeit in Italien ausgeführt wurde, ein gewisser Musso verhaftet. Er ist geständig, verweigert aber jede Auskunft über den Verbleib des Geldes. Musso trug 28 000 Frank bei sich, ebenso kostbare Juwelen und einen Chronometer im Werte von 2800 Frank. —

Lille, 27. Oktober. (Eig. Drahtber.) Nachdem die Arbeitgeber sich geweigert haben, den Arbeitern weitere Zugeständnisse zu machen, kam es gestern in Armandiere wiederum zu ernsten Zwischenfällen. Die Ausständigen versammelten sich vor dem Ausgang der Fabrikgebäude und mißhandelten die Streikbrecher. —

*) Majorat: Diejenige Erbfolge, welche unter den dem Grade nach gleich nahen Verwandten den ältesten zur Erbfolge beruft, um die Güter bei der Familie zu erhalten. M. ist auch ein Gut, das sich nach dieser Ordnung vererbt.

H. LÜBLIN

Normal-Unterwäsche

Normal-Herrenhemden

aus Vigogne, mit doppelter Brust, Achsel- oder Vorderschluß
in 3 Größen . . . . . 80 70 — **60**

aus Wolle gemischt, kräftige Qualität, mit doppelter Brust, Achsel- oder Vorderschluß
in 3 Größen . . . . . 2.00 1.85 — **1.70**

aus reiner Wolle, beste Qualität, mit doppelter Brust, Achsel- oder Vorderschluß
in 3 Größen . . . . . 5.00 4.50 — **4.00**

aus Wolle gemischt, mit doppelter Brust, Achsel- oder Vorderschluß
in 3 Größen . . . . . 1.35 1.25 — **1.15**

aus Wolle gemischt, weiche, wollreiche Qualität, mit doppelter Brust oder Vorderschluß
in 3 Größen . . . . . 3.25 3.05 — **2.75**

aus Kammgarn, reine Wolle, feine und dauerhafte Qualität, mit doppelter Brust
in 3 Größen . . . . . 4.50 4.25 — **4.00**

aus Vigogne, schwere Qualität, mit doppelter Brust, Achsel- oder Vorderschluß
in 3 Größen . . . . . 1.65 1.55 — **1.45**

aus Wolle gemischt, schwere Winter-Qualität, mit doppelter Brust, Achsel- oder Vorderschluß
in 3 Größen . . . . . 2.70 2.40 — **2.10**

aus Kammgarn plattiert, kräftige, wollreiche Qualität, mit doppelter Brust
in 3 Größen . . . . . 3.60 3.30 — **3.00**

Normal-Herrenhosen

aus Vigogne, leichte Qualität,
in 3 Größen . . . . . 65 60 — **55**

aus Wolle gemischt, weiche wollreiche Qualität, mit Ueberschlag,
in 3 Größen . . . 2.60 2.35 — **2.10**

aus Vigogne, schwere Qualität, mit Ueberschlag,
in 3 Größen . . . 1.35 1.20 — **1.05**

aus reiner Wolle, beste Qualität, mit Ueberschlag,
in 3 Größen . . . 4.10 3.80 — **3.50**

aus Wolle gemischt, mit Ueberschlag,
in 3 Größen . . . 1.60 1.40 — **1.20**

aus Kammgarn plattiert, mit Ueberschlag,
in 3 Größen . . . 3.30 3.00 — **2.70**

aus Wolle gemischt, schwere Winter-Qualität, mit Ueberschlag,
in 3 Größen . . . 2.15 1.90

aus Kammgarn, reine Wolle, feine und dauerhafte Qualität,
in 3 Größen . . . 3.95 3.70 — **3.**

Herren-Jacken

aus Vigogne, starke Qualität,
in 3 Größen . . . . . 55 50 — **45**

aus Wolle gemischt, schwere Winter-Qualität
in 3 Größen . . . 1.95 1.75 — **1.55**

aus Wolle gemischt, kräftige Qualität,
in 3 Größen . . . 1.30 1.15 — **1.00**

aus Wolle gemischt, weiche, wollreiche Qualität,
in 3 Größen . . . 2.50 2.25 — **2.00**

Damen-Jacken

aus Vigogne, starke Qualität,
in 3 Größen . . . . . 60 55 — **50**

aus Wolle gemischt, schwere Winter-Qualität,
in 3 Größen . . 1.70 1.50 — **1.30**

aus Wolle gemischt, kräftige Qualität,
in 3 Größen . . . . 1.10 95 — **80**

aus Wolle gemischt, weiche, wollreiche Qualität,
in 3 Größen . . . 2.15 1.90 — **1.65**

Damen-Hemden

aus Vigogne, schwere Qualität, Vorderschluß, Spitzengarnierung
in 3 Größen . . 1.60 1.50 — **1.40**

aus Wolle gemischt, schwere Winter-Qualität, Vorderschluß, Spitzengarnierung
in 3 Größen . 2.25 2.05 — **1.85**

Damen-Beinkleider

aus Wolle gemischt, Fritzur mit Spitze garniert
in 3 Größen . . 1.60 1.45 — **1.30**

aus Wolle gemischt, weiche, wollreiche Qualität, Fritzur mit Spitze garniert
in 3 Größen . 2.25 2.00 — **1.75**

Kinder-Leibchenhosen

Länge	50	60	70	80	90	100	110 cm
aus Vigogne . .	50	60	70	80	90	1.00	1.10
aus Wolle gemischt	80	1.00	1.20	1.40	1.60	1.80	2.00
Trikot mit weißem Futter	50	60	70	80	90	1.00	1.10

Lungenschützer 1.50 — Trikot-Leibbinden 1.50 — Damen-Untertaillen 45 — Reform-Hosen 2.00.